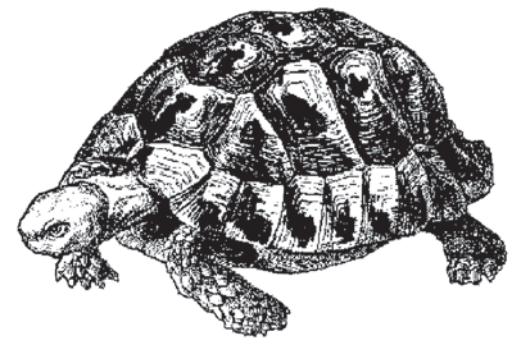
express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Nr. 11/2022, 60. Jahrgang • www.express-afp.info • ISSN 0343–5121 • Preis: 4,00 Euro

Konfrontation oder Kollaboration?

Die Tarifauseinandersetzung in der Metall- und Elektroindustrie 2022 – von Robert Sadowsky*

Nach sechs Wochen Verhandlungen in allen Tarifgebieten ließen die Arbeitgeberverbände die Katze aus dem Sack:

Geht es nach ihren Vorstellungen, sollten die Entgelttabellen, die seit dem 1. April 2018 unverändert gelten, zum dritten Mal wieder in Kraft gesetzt werden. Für 30 Monate, also bis Ende März 2025. Das ergäbe dann insgesamt die Rekord-Laufzeit des Entgelttarifvertrages von 84 Monaten! Welcher Kapitalist hat keine feuchten Träume, wenn er solche Zahlen hört?

Aber damit nicht genug. Das Wunsch-Paket enthielt weitere Überraschungen:

- Der »Teil eines 13. Monatseinkommens« (das tarifliche Weihnachtsgeld) und das tarifliche »zusätzliche Urlaubsgeld« sollten zur alleinigen Disposition des Unternehmers (ohne tarifvertragliche Änderung, wie es das Pforzheimer Abkommen vorsähe) stehen, wenn es mit den erwarteten Profiten mal nicht so klappt, wie gewünscht.
- Der Vorschlag von Bundeskanzler Olaf Scholz[1] – den dieser angeblich nie gemacht hat[2] – wurde dankend angenommen. In den 30 Monaten Laufzeit des Tarifvertrages sollen die Beschäftigten monatlich 100 Euro Einmalzahlung erhalten, die (wie in der »konzertierten Aktion« beschlossen; *Anm. d. Red.*) steuer- und sozialversicherungsfrei sind. Das bedeutet, sie gehen nicht in die Berechnung der Sozialleistungen für die Beschäftigten, wie Krankengeld, Arbeitslosengeld, Rente, ein. Und: der Unternehmer spart die entsprechenden Arbeitgeberanteile. Eine typische »win-win-Situation« also: Doppelter Vorteil für den Kapitalisten, die abhängig Beschäftigten stehen 2025 mit der Tabelle von 2018 im neoliberalen Regen.
- Nicht zu vergessen: die monatlich zu zahlenden 100 Euro sollen unter dem Vorbehalt stehen, dass der Kapitalist es »sich leisten« kann.

So klar und klassenbewusst tritt in unserer Republik die Kapital-Seite auf. Und wir? Als unsere Tarifkommissionen im Juli 2022 die Forderung nach acht Prozent Tariferhöhung bei einer Laufzeit von zwölf Monaten aufgestellt haben, betrug die Inflationsrate 7,5 Prozent.[3] Diese Forderung scheint angesichts der Inflation und der hervorragenden Auftragslage mancher Firmen in der Branche recht zurückhaltend zu sein. Dennoch musste die IG Metall sich schon im Juli gegen »Vorschläge« aus dem Kanzleramt für eine Neuauflage der Klassenkollaboration in einer »Konzertierten Aktion« zur Wehr setzen.[4] Schon im Koalitionsvertrag hatten die Ampel-Parteien angekündigt, dass sie die Gewerkschaften als Sozialpartner in Strategieplattformen einbinden wollen – ohne ihnen weitere Entscheidungs- und Mitbestimmungsrechte einzuräumen.[5] Im Zuge der jetzigen multiplen Krise (Ukraine-Krieg, Energieknappheit, Transformation der Industrie, Corona, Inflation, Klima) soll nun die Umsetzung erfolgen und Einfluss auf die Tarifbewegungen genommen werden.

Dabei sind die Ursachen dieser vielfältigen Krisen keineswegs naturgegeben. Die enormen Preissteigerungen im Bereich der Heizung und Energieversorgung sind keineswegs vor allem durch den Ukraine-Krieg und schon gar nicht ausschließlich durch die Sanktionen gegen das imperialistische Russland begründet. Es sind falsche, neoliberal begründete Entscheidungen für einen privaten Energiesektor, die bei der Transformation zu erneuerbaren Energien auf Markt und Profitgier gesetzt hatten.[6] Diese Strategie des »Der Markt regelt das« rächt sich jetzt. Und es zeigt sich überdeutlich, dass gerade auch dieser Sektor der Volkswirtschaft verstaatlicht und nach menschlichen statt profitorientierten Kriterien geführt werden muss. Aber daran trauen sich die Ampel-Parteien nicht. Stattdessen werden weiter Verluste sozialisiert (Uniper) und Gewinne bleiben privat. Sollen Mobilisierungen gegen die Auswirkungen der Krisen nicht in falsches, braun eingefärbtes Fahrwasser geraten, ist es notwendig, diese Zusammenhänge aufzuzeigen. Auch durch unsere Gewerkschaft.

Die Frage, ob die 8-Prozent-Forderung angesichts der inzwischen bei zweistelligen Werten angekommenen Inflation und bei irrwitzigen Preisen für Heizung und Strom nicht zu niedrig ist, spielt in den Betrieben keine Rolle mehr. Dazu trägt auch bei, dass von Seiten der IG Metall von vornherein gegenüber den Beschäftigten erklärt wurde, dass die Tarifpolitik allein nicht in der Lage ist, die Reallohnverluste durch die galoppierende Inflation auszugleichen. Hier sei politisches Handeln gefragt.

Und das stimmt auch. Aber nicht in Form eines Kuschel-Kurses mit Kapital und Ampel-Regierung. Die Kosten der Krisen müssen aus den immer weiter steigenden Vermögen der Reichen und Superreichen und aus den »Übergewinnen« der Krisen-Profiteure gezahlt werden. Dazu braucht es politische Entscheidungen für die nachhaltige Umverteilung von oben nach unten. Das geht aber nicht mit, sondern nur gegen diese Regierung – da ist der Druck von der Straße zu organisieren. Momentan ist keine politische Partei willens oder in der Lage, das zu stemmen. Die Partei Die Linke, deren Aufgabe das wohl wäre, hat sich in inneren Auseinandersetzungen so verbissen, dass sie nach außen weder ausreichend handlungsfähig noch glaubwürdig ist. Die einzige Kraft, die dazu in der Lage sein könnte, sind die Gewerkschaften, vor allem ver.di und die IG Metall. Die Tarifrunden dieses Jahres bieten vielfältige Gelegenheiten dazu. Allerdings ist da noch so manches Hindernis – nicht nur in den Köpfen der Spitzenfunktionäre – zu überwinden.

Aber auch in der unmittelbaren Tarifauseinandersetzung wird die Leimrute der »Sozialpartnerschaft« ausgelegt. Die Arbeitgeberverbände verfolgen mit beneidenswerter (weil dies den Gewerkschaften oft abgeht) Zielstrebigkeit ihre langfristigen Projekte. Nicht nur in der Flexibilisierung der Arbeitszeit nach den Verwertungsinteressen des Kapitals. Da haben sie schon große Fortschritte zu Lasten der Beschäftigten und der Verbindlichkeit der Tarifverträge erzielt.[7] Jetzt wollen sie offenbar die Krise nutzen und die Entgelte »flexibilisieren«, wie aus ihrem Angebots-Paket hervorgeht. Dieses Ziel wurde von langer Hand vorbereitet. Ein Blick auf vorausgegangene Abschlüsse, die den Abschluss der Metall- und Elektro-Industrie beeinflussen könnten, zeigt das:

EINE
Einmalzahlung macht keinen tarifpolitischen Frühling S. 1, 7

WM
Weltmeister im fantasievollen Streiken: Riders S. 12

OHNE
Kapitalismuskritik ist der Kampf schon verloren S. 10, 13, 15

EXPRESS
Setzt auf Kohle – aber nicht zum Verbrennen

GEWERKSCHAFTEN INLAND

Robert Sadowsky: »Konfrontation oder Kollaboration?« – Die Tarifauseinandersetzung in der Metall- und Elektroindustrie 2022 1

Lithurgos Ipar: »Auf die Gewerkschaft bauen?« – Über den Gewerkschaftstag der IG BAU 3

»Demokratischer streiken und verhandeln« – Dokumentiert: Antrag zur Revitalisierung der Flächentarifauseinandersetzungen TVöD und TV-L 4

Fritz Hofmann: »Schutzschirm gegen Inflation?« – Zum Tarifabschluss für die chemische Industrie 7

BETRIEBSSPIEGEL

Fritz Hofmann: »Kampf zweier Linien« – BASF: Abbau hier, Expansion dort 9

Stefan Krull: »Gewerkschaftliche Perspektiven, wissenschaftliche Expertisen« – Zur sozial-ökologischen Transformation 13

BEWEGUNG MIT RECHT

René Kluge: »Verschiedene (Erst-) Sprachen im Betrieb?« – Folge 23 5

POLITIK & DEBATTE

Ulrich Maaz: »Mehr schiefe historische Vergleiche als Analyse…« – Kritische Anmerkungen zu Klaus Weber 6

Tomas Nieber: »Starker Tobak« – Leserbrief zum Artikel von Klaus Weber 7

AG Wahlbeobachtung: »Niedersächsische Momentaufnahme« – Zur Niedersachsenwahl 2022 8

INTERNATIONALES

Peter Kern: »Halt die Gosch« – Über das schwierige Verhältnis deutscher Unternehmen zu Menschenrechten 9

Jörg Nowak: »Rückkehr zum ›normalen Kapitalismus‹ oder anhaltender Aufstand der Rechten?« – Zu den Präsidentschaftswahlen in Brasilien 10

Karsten Weber: »Homebase: die globale Gig-Ökonomie« – Über das Entstehen grenzüberschreitender Solidarität unter Riders 12

RE-VISITED

Eva Brumlop und Hartmut Bäumer: »Ökologiebewegung und Arbeiterbewegung« – Ein Beitrag aus express 2/1980 15

KURZES

Antipasti 14

Vermischtes 6, 16

Bildnachweis

Selten genug, dass wir einen Artikel illustrieren: Aber der Blog des Forum Arbeitswelten bot uns nicht nur den Anlass für einen Beitrag über globale Riders-Solidarität (siehe S. 12) sondern zugleich auch viele wunderbare Bilder dazu, die diese Solidarität plastisch werden lassen. Urheber dieser Bilder ist weder das Forum Arbeitswelten noch Autor Karsten Weber, sondern die Aktivist:innen selber. Karsten Weber ist dennoch für die Vorsortierung zu danken, nicht selten handelt es sich um Screenshots aus Aktionsvideos (zum Leid unserer Grafikerin). Ergänzt haben wir die auf dem Blog vorliegenden Bilder durch einige Bilder von Accounts der Aktivist:innen in den »sozialen« Netzwerken (hallo, Elon!). Unser Dank fällt also im Geiste unserer Zeitung aus: Wir danken den aktiven Riders weltweit!

- **Chemische Industrie:**
  Die prozentualen Erhöhungen können per freiwilliger Betriebsvereinbarung um drei Monate nach hinten verschoben werden. Im Alleingang kann der Unternehmer bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Erhöhungen um zwei Monate verschieben. Und wenn seine Umsatzrendite unter 3,1 Prozent liegt, dann kann er – ebenfalls im Alleingang – die Tabellenerhöhung um einen Monat verschieben.

- **Metall- und Elektro-Industrie 2021:**
  Der Arbeitgeber kann »im Alleingang« die Zahlung des tarifliche Zusatzgeldes (T ZUG B) um sechs Monate nach hinten schieben. Das TZUG B beträgt zur Zeit 354,67 Euro.

  Unter der Überschrift »Besondere Differenzierung 2021« bekam der Arbeitgeber für das Jahr 2021 die Möglichkeit, »im Alleingang« das tarifliche Zusatzgeld (T ZUG B) zu streichen, wenn seine Umsatzrendite 2,3 Prozent unterschreitet.

Man erkennt: Der Angriff des Kapitals gilt dem verbindlichen Flächentarifvertrag. Auch das unterstützt die Ampelregierung, indem die Mär verbreitet wird, mehr Öffnungsklauseln würden die Tarifbindung stärken. So ist im Koalitionsvertrag die Rede von »Experimentierklauseln«, mit denen per Tarifvertrag sogar gesetzliche Regelungen unterlaufen werden können.[8] Auf diese Weise sollen Kapitalisten erkennen, dass Tarifverträge für sie vorteilhaft sind. Dann sind sie allerdings für die Beschäftigten nachteilig. Der Flächentarifvertrag soll dazu beitragen, dass die Kapitalisten die Konkurrenz untereinander nicht über die Löhne und Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten austragen. Der Vorteil der Tarifbindung liegt für den Kapitalisten darin, dass er während der Friedenspflicht nicht von der Gewerkschaft durch Streik angegriffen werden kann.[9]

Wie Gesamtmetall in der Tarifrunde 2022 vorgeht, lässt erkennen, dass die Angst vor Streik nicht ausreichend ausgeprägt ist. Das muss sich ändern. Denn der Respekt vor dem Klassengegner ist das beste Mittel zur Stärkung der Tarifbindung. Das gilt für die Arbeitgeberverbände und ihre Mitglieder ebenso wie für die Kapitalisten, die meinen, man habe die Tarifbindung nicht nötig, könne sich in OT-Verbänden[10] organisieren und ein Angriff der IG Metall könne eh nicht erfolgen. Fazit: Wären wir, die IG Metall, zu zahm und würden ohne Kampf den Abschluss über weitere Differenzierungsklauseln suchen – dann würden wir den Flächentarifvertrag schwächen. Und vor allem: Eine IG Metall, die ihre Kampfkraft nicht in die Waagschale wirft, bevor ein Tarifkompromiss[11] geschlossen wird, verliert Glaubwürdigkeit bei den abhängig Beschäftigten, der Arbeiterklasse. Das Gegenteil ist möglich:

- Die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben sind bereit, für die Forderung nach acht Prozent auf zwölf Monate Laufzeit in die Auseinandersetzung zu gehen.[12] Sie haben verstanden, dass eine tabellenwirksame Erhöhung erforderlich ist. Eine zusätzliche Einmalzahlung kann nicht schaden, ist aber kein Ersatz. Im Gegenteil. Sie wirkt, als ob man im tiefen Winter in die Hose pinkelt. Erst ist es schön warm, hinterher umso kälter.
- Mit dem neuen Instrument des 24-Stunden-Streiks haben viele schon Erfahrungen gesammelt. Auch in Betrieben und Geschäftsstellen aus Bezirken, wo schon lange kein Erzwingungsstreik mehr durchgeführt wurde. Damit haben sich die Voraussetzungen gebessert, einen »richtigen« Streik nicht nur in einem Bezirk durchzuführen. Denn ob das Prinzip »Pilotabschluss« in einem Bezirk (und alle anderen folgen mehr oder weniger problemlos) auf Dauer funktioniert, kann bezweifelt werden. Da müssen wohl mehr ran, um die Kapitalisten überall zu treffen. Sie glauben's sonst nicht.
- Die Öffentlichkeit und ein Großteil der Medien werden in der Auseinandersetzung auf unserer Seite stehen. Diese Unterstützung werden wir brauchen, wenn ein Arbeitskampf sich über längere Zeit hinziehen könnte. Und die IG Metall – und auch ver.di – sind dazu in der Lage, gemeinsam mit den sozialen und Umwelt- Bewegungen einen »heißen Winter« zu organisieren. Für dieses erforderliche Bündnis braucht es ein klares Wort des Vorstandes der IG Metall und ihres Vorsitzenden, dass unsere Gewerkschaft dieses Bündnis will.

Der Abschluss: von allem etwas?

Nach der Erstellung des obigen Textes wurden die Warnstreiks ausgeweitet. 900.000 Beschäftigte beteiligten sich. Am 17. November wurde ein »letzter Versuch für eine Verhandlungslösung« in Baden-Württemberg unternommen. Öffentlich angekündigt war, dass sonst in mehreren Bezirken zu Urabstimmung und unbefristetem Streik aufgerufen würde. Das brachte Bewegung und ein Verhandlungsergebnis:

- Die Entgelte steigen ab 1. Juni 2023 um 5,2 Prozent und ab 1. Mai 2024 um weitere 3,3 Prozent. Die Laufzeit beträgt 24 Monate bis Ende September 2024.
- Es gibt eine steuer- und sozialversicherungsfreie »Inflationsprämie« in zwei Schritten: 1.500 Euro im Januar 2023, weitere 1.500 Euro im Januar 2024. Auszubildende: 550 Euro 2023, 550 Euro 2024.

Aber auch eine »Differenzierung« ist – wen überrascht das? – vorgesehen:

- Aus wirtschaftlichen Gründen kann der Zusatzbetrag um bis zu sechs Monate nach hinten verschoben werden. Voraussetzung dafür ist, dass bestimmte Kennzahlen erfüllt sind.
- Die Betriebsparteien können per freiwilliger Betriebsvereinbarung die Auszahlung der Inflationsprämie zu anderen Zeitpunkten festlegen. Eine frühere Auszahlung ist jederzeit möglich. Es müssen jedoch mindestens 750 Euro im Januar 2023 ausbezahlt werden.

In den Tarifkommissionen und in der Mitgliedschaft ist dieses Verhandlungsergebnis zu diskutieren. Die Bewertung der langfristigen tarif- und gewerkschaftspolitischen Folgen steht noch aus.

** Robert Sadowsky lebt und arbeitet in Gelsenkirchen. Bis 2018 war er Erster Bevollmächtigter der IG Metall Gelsenkirchen. Er engagiert sich u.a. bei »Offensive Gewerkschaftspolitik« (OGP, https://offensive-gewerkschaftspolitik.de).*

Anmerkungen:

1 *Olaf Scholz: »Einmalzahlung statt Lohnsteigerung«; Berliner Zeitung vom 26. Juni 2022.*
2 *Olaf Scholz im ARD-Sommerinterview am 6. Juli 2022: »Es gibt diesen Vorschlag gar nicht.«*
3 *IG Metall, Wirtschaft Aktuell, Nr. 7, August 2022*
4 *Knut Giesler, IGM-Bezirksleiter NRW: »Die Tarifpolitik machen wir und nicht das Kanzleramt«, in: Metall-Nachrichten, IG Metall NRW, Juli 2022*
5 *Robert Sadowsky: »Alles auf gelb?«, Online-Supplement zu express 2-3 / 2022, S. 3*
6 *Ausführlicher sind diese Zusammenhänge z.B. dargestellt in: Joachim Bischoff: »Der Russland-Ukraine-Krieg«, Sozialismus, Heft 10-2022, S. 16ff.*
7 *Stefan Wolf, jetzt Präsident von Gesamtmetall, zum Tarifergebnis in der M&E-Industrie von 2018: »In vielen Abschlüssen der letzten Jahre haben wir uns nicht in dem Maße durchsetzen können, wie diesmal mit unserer Forderung. Wir haben sehr viel Öffnung nach oben. Mehr Arbeitsvolumen. […] Wir haben unser Ziel ›Öffnung nach oben‹ in breitem Maße erreicht.« Zitiert u.a. in: Robert Sadowsky: »Mensch, Markt und Maßlosigkeit«, in: »Z«, Nr. 117, März 2019, S. 139.*
8 *Sadowsky, Robert, a.a.O.*
9 *Diese Friedenspflicht gilt eigentlich wechselseitig. Das schert die Unternehmer aber oft nicht mehr. Erpressungsversuche mit angedrohten Schließungen oder Entlassungen, wenn nicht der Tarifvertrag unterschritten wird, lassen die Frage berechtigt sein, ob die Friedenspflicht allein für die Arbeit, nicht für's Kapital gilt.*
10 *OT-Verbände: nach richtiger Ansicht der IG Metall verfassungswidriger Zusammenschluss von Kapitalisten »Ohne Tarifbindung«.*
11 *Ein Tarifabschluss ist immer ein Kompromiss, es sei denn, man könnte das Ende des Lohnsystems vereinbaren. »Gewerkschaften [sollen] […] ihre organisierten Kräfte […] gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.« Marx, Karl, MEW 16, S. 152.*
12 *In der ersten Warnstreikwoche beteiligten sich schon eine Viertelmillion Beschäftigte. (Stand 7. November 2022).*

Auf die Gewerkschaft bauen?

Lithurgos Ipar* über den Gewerkschaftstag der IG BAU

Mit einem Jahr Verspätung stand der Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bauen Agrar-Umwelt Ende September 2022 wieder zur Wahl. Der coronabedingt verschobene Gewerkschaftstag mit knapp 300 Delegierten in Kassel verlief ohne größere Überraschungen, nicht aber ohne hitzige Diskussionen. Große gewerkschaftspolitische Richtungsentscheidungen wurden von der Verbandspitze aber umschifft oder verschoben.

Bundesvorstand ohne personelle Veränderungen

Der »zeremonielle« Teil mit gewerkschaftlicher Prominenz nahm den ersten Tag ein, neben viel SPD-Prominenz kam hier die Initiative 19. Februar aus Hanau zu Wort, die mit dem gewerkschaftseigenen Georg-Leber-Preis ausgezeichnet wurde.

Noch vor den Wahlen am zweiten Tag wurde ein Antrag der Bundesfrauenkonferenz aufgerufen. Nachdem in der Gebäudereinigungsbranche in den letzten Jahren die deutlichsten Organisierungsfortschritte stattfanden, liegt auch der Frauenanteil der vor allem als Baugewerkschaft wahrgenommenen Organisation inzwischen höher. Etwa 30 Prozent der Delegierten waren weiblich, und der Satzungsantrag auf eine geschlechterquotierte Doppelspitze fand in der Debatte zahlreiche Fürsprecher:innen. Bundesvorstand und Beirat hatten sich aber vorab schon dagegen ausgesprochen und ohne einen konkreten Personalvorschlag fiel der Antrag dann auch deutlich durch.

An der Basis ist die Mitgliederentwicklung ein Dauerthema. Die BAU hat in den letzten 20 Jahren über die Hälfte ihrer Mitgliedschaft verloren – auch im Vergleich mit den übrigen DGB-Gewerkschaften eine verheerende Bilanz. Eine selbstkritische Analyse oder gar politische Reflexion der Entwicklung blieb der Vorsitzende Robert Feiger aber auch auf Nachfrage in der Aussprache schuldig. Gleiches gilt für die übrigen Vorstandsmitglieder, aber trotz vereinzelter Kritik schien der Klärungsbedarf dann doch überschaubar: Alle Vorstandsmitglieder wurden (ohne Gegenkandidat:innen) mit über drei Viertel der Stimmen wiedergewählt.

Nicht nach Regieplan lief lediglich der Vorstandsbericht von Ulrike Laux, hier gingen die ihrem Vorstandsbereich angehörenden Gebäudereiniger:innen geschlossen zum Mikrofon, um sich für die erfolgreiche Tarifpolitik der letzten Jahre zu bedanken.

Nötige Strukturreformen abgelehnt

Nach Jahrzehnten der Talfahrt fällt es in vielen Bereichen immer schwerer, ausreichend Ehrenamtliche für Funktionen zu gewinnen. Mehrere Anträge, die die Verbandsstrukturen als Reaktion darauf anpassen wollten, fielen ebenso durch wie die seit der Zentralisierung 2007 immer wiederkehrende Forderung nach demokratischen Personalentscheidungen auch unterhalb der Bundesebene. Personalpolitik wird seitdem ausschließlich in Frankfurt gemacht. Auf regionaler und lokaler Ebene hat das Ehrenamt keine Möglichkeit mehr, nennenswerte personelle Entscheidungen zu treffen.

Personell wird auch die Jugend- und damit Nachwuchsarbeit stellenweise sträflich vernachlässigt. Eine kritische Masse, die die gewerkschaftlichen Strukturen selbstständig tragen könnte, findet sich nahezu nirgendwo mehr. Dabei ist der Nachwuchs am Bau, der von der Baukrise und den damit verbundenen Enttäuschungen der BAU gegenüber noch nicht voreingenommen ist, noch vergleichsweise offen für eine gewerkschaftliche Agenda. Ein schlüssiges Konzept für die Mitgliedergewinnung in Berufsschulen oder eine bundesweit abgestimmte Bildungsarbeit werden bisher dennoch auf die lange Bank geschoben, nicht zuletzt, weil hauptamtliche Kapazitäten lieber für kurzfristig drängendere Tätigkeiten eingesetzt werden. So kamen dann auch zahlreiche Anträge aus der

Jugend und den Regionen, die mehr Personal oder andere Prioritätensetzungen zugunsten der Jugendarbeit forderten. Die erhofften Weichenstellungen blieben aber auch hier aus, allem Applaus für die nicht einmal 20 Delegierten aus der Jungen BAU zum Trotz.

Nachdem bereits zu Beginn der Antragsdebatte intransparente Verfahren und mangelnde Flexibilität der Antragskommission zu einer heftigen Kontroverse geführt hatten, wurde den Delegierten ein außerordentlicher Gewerkschaftstag zugesichert. Ob und wie dieser für grundlegende Reformen genutzt werden kann, wird seitdem in vielen Regionen diskutiert. Da die vorgesehene Zeit für die Debatten nicht annähernd reichte, wurden neben einer umfassenden Satzungsreform auch mehrere komplette Antragsgebiete dorthin verschoben.

Positionierung zu Wohnungspolitik und Umwelt

Zum Auftakt des Gewerkschaftstages war Feiger bereits mit der Forderung nach einem staatlichen Einkauf in große Wohnkonzerne mit einer Sperrminorität an die Presse gegangen. Der Vorschlag war von der Basis nicht mitgetragen und sollte wohl vor allem den Enteignungsforderungen Wind aus den Segeln nehmen. Der Berliner Bezirksverband hatte sich, entgegen der Linie der Bundesebene, bereits 2021 im Wahlkampf hinter das Volksbegehren zur Konzernenteignung gestellt. Im Gegensatz dazu wurden auf dem Gewerkschaftstag reformistische Ansätze wie eine Senkung der Mehrwertsteuer auf sozialen Wohnungsbau und ähnliches, getreu dem Mantra »Bauen, Bauen, Bauen«, propagiert.

Während sich die BAU öffentlichkeitswirksam zur Umwelt- und Klimaschutzgewerkschaft ernannte, wurden Anträge mit ambitionierten Klimazielen ohne größere Debatte abgelehnt. Ansätze, etwa frühzeitige Transformationsstrategien für den von der BAU organisierten Klimakiller Baustoffindustrie zu entwickeln, kamen vereinzelt aus der Mitgliedschaft, fielen aber durch den Zeitdruck unter den Tisch.

Die Strategie der Bundesspitze, wegweisende Anträge durch eine kurzfristig eingebrachte schwammige Version des Anliegens zu ersetzen, ging in den meisten Fällen auf.

Kontroversen um Krieg und Friedenspflicht

Bei einer Positionierung zum Ukrainekrieg stand dem Antrag des Beirats eine einzige friedenspolitische Position aus der Basis entgegen. In der wohl emotionalsten Debatte der Konferenz wurde aus dem internationalistischen Antrag der Verzicht auf Waffenlieferungen in Spannungsgebiete rausgestrichen. Der auf die Ukraine beschränkte Vorstandsantrag gegen einen »Pazifismus um jeden Preis« wurde fast unverändert angenommen und stellte sich hinter die militärische Unterstützung der Ukraine.

Kurz vor Schluss des Gewerkschaftstages erst kam das Schlichtungsabkommen im Bauhauptgewerbe zur Sprache. In der BAU-Schlüsselbranche mit über 900.000 Beschäftigten sind die Parteien bei gescheiterten Verhandlungen zu einer wochenlangen Schlichtung verpflichtet, erst zu deren Ende dürfen Arbeitskampfmaßnahmen wie Warnstreiks ergriffen werden. Die Verhandlungen der letzten Jahre kamen alle nicht mehr ohne Schlichtung aus, und so gilt manchen das Abkommen als Garant für – mehr oder weniger erfolgreiche – Abschlüsse. Angesichts des Mitgliederschwunds ist die Angst vor einer Niederlage im Arbeitskampf groß. Auf der anderen Seite standen Stimmen, die eine Rückbesinnung auf den Kampf als erfolgversprechendstes Mittel der Gewerkschaft forderten. Nach über 20 Jahren ohne Streik wächst hier die Sorge, dass ein Aufschub des Unvermeidbaren die Organisation nur Zeit und streikerfahrene Mitglieder kostet. Nach dem Aus für den historischen Branchenmindestlohn in diesem Jahr, trotz der Schlichtung, sehen sie in dem Prozess nur noch ein Mittel der Kapitalseite, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen.

Mit Blick auf die finanzielle Bedeutung der Tarifverträge war auch für branchenfremde Delegierte klar, dass diese Frage auf der großen Bühne diskutiert werden sollte. Auch führende Branchenfunktionäre wollten die Debatte ausdrücklich auf dem Kongress führen. Eine zweistellige Zahl von Anträgen aus verschiedenen Regionen forderte wahlweise eine vollständige Kündigung des Schlichtungsabkommens oder eine Neuverhandlung mit dem Ziel, Kampfmaßnahmen früher zu ermöglichen. Zentrales Argument gegen eine Kündigung waren der laufende Informations- und Diskussionsprozess in den Fachgruppen, der erst im Frühjahr enden soll und von den Betroffenen geführt wird. Beschlossen worden war der Diskussionsprozess jedoch erst, nachdem die ersten Anträge mit Kündigungswunsch eingereicht waren. Ob der Prozess in den Fachgruppen andernfalls in Gang gekommen wäre, ist also fraglich. Schlussendlich wurde die Kündigung in Kassel abgelehnt. Beschlossen wurde vom Kongress am Ende die Neuverhandlung des Abkommens, jedoch ohne Zeitplan und damit Verbindlichkeit.

Bis zum Anschlusskongress in ein bis zwei Jahren dürfte zumindest klar sein, ob sich die organisierten Bauleute für den kämpferischen Weg oder die »Sozialpartnerschaft« entschieden haben.

** Lithurgos Ipar kommt aus Süddeutschland, ist im Baugewerbe beschäftigt und auch außerhalb des eigenen Betriebs in verschiedenen BAU-Strukturen aktiv.*

Geneigte Leserinnen und Leser,

als nur nahezu monatlich erscheinendes Printmedium sind wir normalerweise nicht der Aktualität verpflichtet, sondern eher der hinter- und untergründigen Analyse. Diesmal jedoch sind wir so aktuell, wie wir nur sein können: Der letzte Tag des Umbruchs fällt auf die Einigung im Tarifkonflikt in der Metall- und Elektroindustrie und Robert Sadowsky lieferte uns in Minutenschnelle den passenden Beitrag dazu (S. 1).

Sowieso sind wir in Sachen Tarifgeschehen dieses Mal am Nabel der Zeit: Der IG BCE-Tarifabschluss (S. 7) ist ebenso Thema wie die anstehenden Verhandlungen im öffentlichen Dienst (S. 4). Der gewerkschaftliche Teil dieser Ausgabe wird durch einen Bericht vom Gewerkschaftstag der IG BAU abgerundet (S. 3).

So harmlos und old school diese tarif- und gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzungen auf den ersten Blick anmuten: Sie bergen in mehreren Hinsichten gesellschaftspolitischen Zündstoff, macht sich doch quer durch die Arbeitnehmerbank (und die Arbeitgeberbank sowieso) eine Tendenz zum Deal mit situationsbezogenen Einmalzahlungen je nach Gewinnlage breit. Dies – ganz so, wie in der »Konzertierten Aktion 2.0« im Oktober 2022 beschlossen – steuer- und sozialversicherungsabgabenfrei. Dass dies nicht nur ›den Markt‹ unmittelbar auf die individuellen Haushaltseinkommen herunterbricht, sondern auch die verteilungspolitische Kluft zwischen den Porsche-, Daimler- und VW-Beschäftigten mit ihren hohen Sonderzahlungen und den ›Normalos‹ vergrößert, sondern auch die originäre Funktion von Tarifverträgen aushöhlt und Auswirkungen auf kommende Kampfbewegungen haben wird, dürfte klar sein. Ob ›wir‹ mit dieser Art Konzertierter Aktion aber schon (oder noch?) im Sumpf der Volksgemeinschaft waten, wie Klaus Weber im letzten *express* vermutet hatte, dazu zwei ausführliche Kommentare bzw. Leserbriefe von Tomas Nieber und Ulrich Maaz (S. 6, 7).

Ebenfalls schon mal schwächer auf der Brust waren ›wir‹ im Internationalen, mit dem wir gegen Konzertierte Aktion und Co halten: Uns beschäftigen der Ausgang der brasilianischen Wahlen (S. 10), internationale Rider-Proteste (S. 12) sowie ein deutsches Unternehmens-Engagement in China (S. 9).

Apropos schwach auf der Brust: Luft nach oben ist in Sachen Finanzen auch beim *express*. Ihr findet deswegen zur Einstimmung in die besinnliche Jahresendzeit einen Spendenaufruf beigelegt. Wir bitten um freundliche Beachtung, der dann im besten Fall auch Taten folgen.

Doch wer kauft schon gerne die Katze im Sack? Bevor ihr, geneigte Leserinnen und Leser, eure Portemonnaies, Scheckhefte und Tan-Generatoren zückt, wünschen wir erst mal wieder eine zum Nachdenken anregende und aufrüttelnde Lektüre.

Demokratischer streiken und verhandeln

Dokumentiert: Antrag zur Revitalisierung der Flächentarifauseinandersetzungen TVöD und TV-L – vom Übergangs-Landesfachbereichsvorstand Berlin/Brandenburg

Mit großen Schritten nähern sich die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst. Die Erwartungen sind hoch – ver.di hat sich angesichts von Krise und Inflation für eine zweistellige Forderung von 10,5 Prozent entschieden. Der Widerstand der öffentlichen Arbeitgeber formiert sich bereits. Die TVöD-Verhandlungen könnten einen heißen Winter und ein heißes Frühjahr einleiten, die Frauen*streik-Bewegung erhofft sich eine ähnliche Dynamik wie in diesem Jahr bei der SuE-Verhandlungsrunde.

Ebenfalls von den Entwicklungen im SuE-Sektor, in der Krankenhausbewegung und von den bisherigen positiven Erfahrungen mit Streikdelegiertenkonzepten inspiriert, hat die Landesbezirksfachbereichskonferenz C Berlin/Brandenburg den im Folgenden dokumentierten Antrag an den Berlin-Brandenburger Landesfachbereichsvorstand gestellt.

Die zuständigen Gremien in ver.di werden aufgefordert, in der Organisation bestehende Konzepte für eine systematische Beteiligung und Mitentscheidung der Mitglieder in den Streikbetrieben in die Flächentarifverträge TV-L und TVöD zu übertragen. Zu entwickelnde Beteiligungskonzepte unterhalb der Bundestarifkommission öffentlicher Dienst über das derzeitige Tarifberatersystem hinaus sollten u.a. die erfolgreichen Erfahrungen mit der systematischen Einbeziehung von Bereichs- und Teamdelegierten aus den Tarifauseinandersetzungen für Entlastungs-Tarifverträge der letzten Jahre berücksichtigen.

Anregungen für das Beteiligungskonzept: Von der Forderungsfindung bis hin zur Verhandlung sollen dabei ehrenamtliche Aktive, die tatsächlich streikende Mitglieder repräsentieren (»Delegierte«), stärker in die Erarbeitung von Tarifkampagnen und die Entscheidungsfindung während der Tarifkampagnen, von der Forderungsfindung über die Verhandlungen bis hin zur Mitgliederbefragung und die Streikstrategie, eingebunden werden.

Um eine systematische Auswertung der Erfahrungen mit einer Demokratisierung der Beteiligung zu gewährleisten, organisiert das Tarifsekretariat öffentlicher Dienst in Zusammenarbeit mit den betroffenen Fachbereichen eine tarifpolitische Diskussion, in der folgende Organisationserfahrungen unter Beteiligung von Kernaktiven ausgewertet werden:

- Arbeit der Teamdelegierten in den Entlastungsbewegungen der Krankenhäuser, zuletzt in einer regionalen Fläche in NRW.
- Bilanz der Arbeit der Streikdelegierten im Sozial- und Erziehungsdienst 2009 und 2015.
- Beteiligungsorientierte Formate aus Tarifrunden aus dem öD und anderen Fachbereichen (analog wie digital).
- Nutzung von Streikformen, -formaten und -strategien mit Fokus auf Demokratisierung und Beteiligung der Beschäftigten und Einbindung der Nutzer:innen betroffener öffentlicher Dienstleistungen.
- Übertragbarkeit erfolgreicher Bündnisarbeit und Kooperationen während regionaler Tarifverhandlungen und Haustarifverhandlungen auf die Fläche.

Die Ergebnisse der Auswertung sollen auf die Weiterentwicklung der demokratischen Struktur und Arbeitsweise der Bundestarifkommission öffentlicher Dienst Einfluss nehmen.

Begründung

Die Frage, wie wir Flächentarifauseinandersetzungen revitalisieren können, um in Zukunft auch große Auseinandersetzungen um die Arbeitszeit oder aktuell um einen echten Inflationsausgleich zu gewinnen, beschäftigt die Organisation vom einfachen Mitglied bis hin zur ver.di-Verhandlungsführung und zuständigen Tarifkommission. Wir sind eine lernende Organisation. In den letzten Jahren wurden ausgehend von der Frage, wie wir unsere Organisationsmacht stärken, im TVöD wie auch im TV-L systematisch Elemente für eine Verbesserung der Mobilisierungsfähigkeit eingeführt: Das Modell der Tarifbotschafter:innen wurde eingeführt, damit das Tarif- und Streikgeschehen schneller »vor Ort« ist. Tarifbotschafter:innen und Aktive wurden sowohl in der Ansprache als auch im Mapping systematisch geschult. Arbeitsstreiks sind auch im Flächentarifvertrag nicht mehr wegzudenken. Bedingungsgebundene Forderungen wurden eingeführt; ihre Wirkung wird derzeit heiß diskutiert. Diese Entwicklungen begrüßen wir ausdrücklich.

Gleichzeitig haben wir sowohl in Haustarifverhandlungen als auch in der regionalen Fläche wie gerade in der Entlastungsbewegung in NRW die Erfahrung gemacht, dass hohe Durchsetzungsfähigkeit in direktem Zusammenhang mit der systematischen Beteiligung der Mitglieder und Beschäftigten von der Forderungsfindung bis hinein in die Verhandlungssysteme steht. Dabei ist unsere Erfahrung eine der Stärkung der Verhandlungssysteme durch Beteiligung, indem die Tarifkommissionen sich organisiert den Rat von Teamdelegierten holen. Teamdelegierte als Element einer weiteren Demokratisierung der Entscheidungsfindung und Strategiediskussion bewerten im Hintergrund Zwischenergebnisse, planen Aktionen und stärken der Verhandlungsgruppe den Rücken. Eine Übertragung dieser Erfahrungen in die Fläche ist eine logistische Herausforderung und wird unsere Arbeitsweise verändern.

Der Wunsch nach größtmöglicher Beteiligung kollidiert teilweise mit unserer tradierten Verhandlungslogik in Flächentarifauseinandersetzungen bei ver.di. Tarifbotschafter:innen, so wie sie im Moment gedacht sind, garantieren zwar die Kommunikation aus der Verhandlungsführung hin zum Aktiven im Betrieb und in die Belegschaft, spiegeln damit aber nur *eine* Funktion von Teamdelegierten wieder. Obwohl die Entscheidungen am Ende immer von den Tarifkommissionen gefällt wurden, beschloss die Tarifkommission z.B. in Berlin bei Charité und Vivantes auf Grundlage der tarifpolitischen Leitlinien zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Tarifauseinandersetzungen, vor allen wichtigen Entscheidungen ein Votum der Team- und Bereichsdelegierten einzuholen. Die Meinungsbildung der Bereichs- und Teamdelegierten ist auf diese Weise in die Diskussion- und Entscheidungsfindung der Tarifkommission eingeflossen.

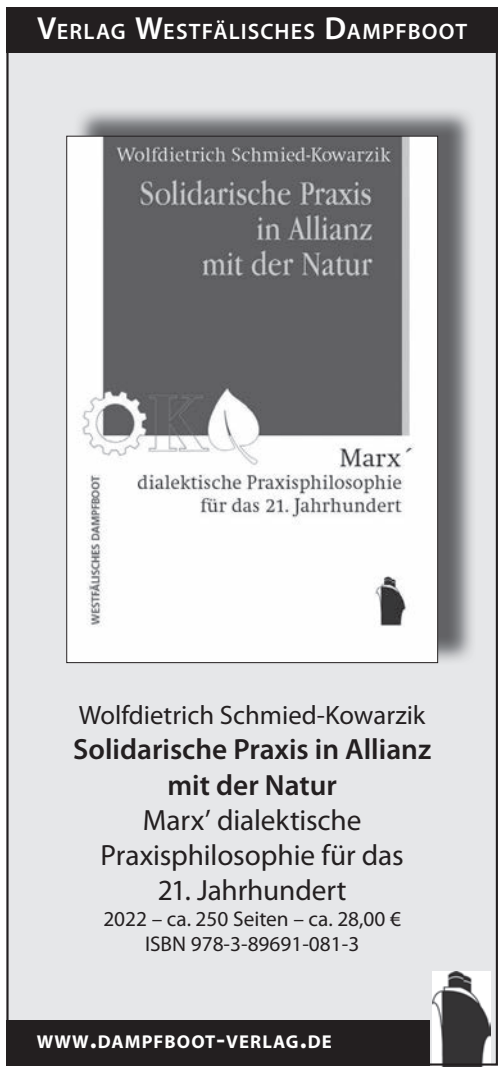
Während der Verhandlungen hielten sich die Teamdelegierten in einem Nebenraum auf, sodass die Tarifkommission die Teamdelegierten immer auf dem aktuellen Stand halten konnte, auf das Fachwissen der Delegierten zurückgreifen und sie unmittelbar in den Prozess der Kompromissfindung einbeziehen konnte. Auf diese Weise wurden Entscheidungen zur Einleitung von Streikmaßnahmen, aber auch die Entscheidung, am Ende einen Kompromiss anzunehmen, immer breit diskutiert und von den Kolleg:innen in den Bereichen mitgetragen.[1]

Die bisherige Praxis in der Fläche TV-L und TVöD ist anders: Mitglieder kennen einerseits ihre Repräsentant:innen in der Bundestarifkommission zum Teil nicht, andererseits ist es auch für die Mitglieder der BTK (Bundestarifkommission, *Anm. d. Red.*) eine Überforderung, mit allen beteiligten relevanten Aktiven zu kommunizieren. Eine stärkere Vernetzung zwischen Teamdelegierten und den Mitgliedern der BTK schlägt eine Brücke zu den Betrieben und fördert gleichzeitig die Verantwortung und das Verständnis für die Mitglieder der Bundestarifkommission. Die dadurch stattfindende Rückkopplung schafft eine wesentlich höhere Transparenz und somit mehr Klarheit im Verhandlungsprozess.

Klar ist, dass eine systematische Beteiligung der aktiven Kolleginnen und Kollegen über die die BTKöD beratenden Delegiertensysteme auch unsere Arbeitsweise und bestehende Rituale verändern wird. Wir sind davon überzeugt, dass wir es als lernende Organisation schaffen, die guten Erfahrungen zu verallgemeinern und strukturelle Antworten finden und damit unsere Durchsetzungsfähigkeit und die Gestaltungsmacht unserer Mitglieder steigern. Die Spirale aus schlechter Durchsetzungsfähigkeit in weiten Teilen des Flächentarifs (fehlender Organisationsmacht) und vor diesem Hintergrund zwar respektabler, aber dennoch unbefriedigender Abschlüsse, müssen wir überwinden, wenn wir die großen tarifpolitischen Fragen unserer Zeit angehen wollen.

Anmerkung:

1 *Damit sind die Teamdelegierten auch eine Weiterentwicklung der Streikdelegierten aus den SuE-Auseinandersetzungen in 2009 und 2015. Die dort praktizierten Streikdelegiertenversammlungen waren unserer Ansicht nach innerhalb von ver.di ein enormer Fortschritt in Sachen demokratischer Einbeziehung der Streikbetriebe und keineswegs organisationspolitischer Alltag.*



Bewegung mit Recht, Folge 23

Verschiedene (Erst-)Sprachen im Betrieb?

Herausforderungen und Aufgaben für Betriebsräte – Von René Kluge*

In einem großen Logistik-Betrieb in Brandenburg herrscht schon seit längerer Zeit ein Mangel an passend qualifizierten Arbeitskräften. Das Management reagiert, indem es vermehrt Menschen aus Polen rekrutiert. Anfangs waren es nur Einzelne; mittlerweile besteht fast die Hälfte der Belegschaft aus polnischen Mitarbeiter:innen. Einige von ihnen sprechen fließend Deutsch, andere jedoch nur wenig oder gar nicht. Von den deutschen Kolleg:innen spricht keine:r Polnisch. Viele der polnischen Kolleg:innen sind vor allem aus Arbeitsgründen in Deutschland und planen eine mittelfristige Rückkehr nach Polen. Nachtschichten sind für sie attraktiv, weil sie höhere Zulagen bringen und der Verzicht auf Freizeit ihnen leichter fällt. In der Nacht wird mittlerweile fast nur noch Polnisch gesprochen. In der Verwaltung dafür ausschließlich Deutsch. Das Nebeneinander verschiedener Erstsprachen hat das Betriebsklima verändert.

In einem Filialbetrieb eines großen Einzelhandelskonzerns wird eine neue Leitung eingesetzt. Sie kommuniziert fast nur auf Englisch. Auch Personalgespräche werden ausschließlich auf Englisch geführt. Jene Kolleg:innen, die fließend Englisch sprechen, haben kein Problem damit. Andere fühlen sich im Englischen weniger sicher. Sie verstehen nicht alles genau und machen sich Sorgen, dass sie bei Missverständnissen mit der Vorgesetzten arbeitsrechtliche Konsequenzen tragen müssen. Der Betriebsrat bemüht sich um eine Regelungsabrede: Deutsch soll als Betriebssprache etabliert werden. Leider hält sich die Filialleiterin wiederholt nicht an diese Regelung.

Diese zwei Beispiele illustrieren eine größer werdende Herausforderung.

Mehr ausländische Fachkräfte – mehr Sprachen

2017 wurden im Mikrozensus erstmals die Hauptsprachen der in Deutschland lebenden Menschen abgefragt. Damals waren es noch 13 Prozent der Haushalte, die nicht überwiegend deutsch sprachen. Im Jahr 2021 waren es bereits 15 Prozent. Die Beschäftigungszuwächse ausländischer Arbeitnehmer:innen liegen seit Jahren über dem Durchschnitt aller Beschäftigten in Deutschland. Die Fachkräftestrategie der Bundesregierung sieht explizit vor, die Anwerbung weiter zu verstärken.[1] Betriebe werden hinsichtlich Sprachen noch diverser werden. Es kommen noch mehr Menschen mit anderen Erstsprachen nach Deutschland. Betriebsräte und Gewerkschaften müssen besser darin werden, mit diesen Kolleg:innen zu kommunizieren und sie in die Arbeit der Interessenvertretung zu integrieren.

Im eingangs thematisierten Logistik-Betrieb kandidierte in diesem Jahr erstmals ein polnischer Kollege für den Betriebsrat. Die Liste mit seinem Namen bekam aus dem Stand eine große Anzahl von Stimmen. Kolleg:innen aus anderen Branchen erklären sich das ganz einfach: »Ali wählt eben eher Murat und Martin eher Jürgen«. Es gibt bisher keine Studien dazu, aber nationale Identität spielt sicherlich eine Rolle bei der Wahlentscheidung bei den BR-Wahlen. Doch es ist nicht das einzige Kriterium. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) hat die Daten der regelmäßigen Betriebsrätebefragung intern ausgewertet: In Betrieben mit 15 Prozent Beschäftigten mit Migrationsgeschichte[2] beträgt deren Anteil an BR-Mitgliedern nur etwas mehr als zehn Prozent. Sie sind im Betriebsrat also weiterhin deutlich unterrepräsentiert.

Demnach ist es keine selbstverständliche Entwicklung, dass in diesem Betrieb nun auch die Polnisch sprechenden Kolleg:innen im Gremium vertreten sind. Aber das Sprachproblem endet damit leider nicht.

Betriebsratsarbeit bedeutet Kommunikation – Erkämpft Übersetzungen!

BR-Arbeit besteht aus Diskussion und Verhandlungen, dem Lesen von Texten und Verfassen von Korrespondenzen. Sprache spielt im Betriebsrat eine große Rolle. Wer in der Sprache des Gremiums nicht so sicher ist wie die anderen Mitglieder, wird große Schwierigkeiten haben, in gleicher Weise an der BR-Arbeit und den Entscheidungen des Gremiums beteiligt zu sein.

Herrschende Meinung ist daher, dass Betriebsräte Anspruch auf Übersetzungs- und Dolmetscher-Leistungen im Rahmen der Verhältnismäßigkeit haben.[3] Unterrichtungen des Arbeitgebers können sie übersetzen lassen, damit alle BR-Mitglieder sie verstehen. Bei den Monatsgesprächen kann ein:e Dolmetscher:in hinzugezogen werden. Aber auch die Kommunikation des BR an die Belegschaft kann übersetzt und die Betriebsversammlung gedolmetscht werden.

Diese Leistungen kosten jedoch Geld. Denn die Inhalte der BR-Arbeit sind nicht leicht zu übersetzen. Es braucht professionelle Übersetzer:innen, am besten mit dem Schwerpunkt Geschäfts- und Rechtssprachen. Bisher haben zu wenige Betriebsräte es geschafft, diesen Anspruch zu etablieren. Auch Literatur, Beratung und Schulungen für Betriebsräte gibt es kaum in anderen Sprachen als Deutsch. Noch nicht einmal von allen Gesetzen existieren englische Übersetzungen. Das hemmt die gemeinsame BR-Arbeit und mittelbar auch die Integration und Beteiligung von Kolleg:innen mit anderen Erstsprachen.

Im zweiten oben beschriebenen Beispiel hatte der Betriebsrat versucht, die Filialleiterin gerichtlich dazu zu verpflichten, im Betrieb nur Deutsch zu sprechen. Damit war der Betriebsrat jedoch vor dem Landesarbeitsgericht gescheitert.[4] Womöglich ist es auch kein kluges Vorgehen, eine bestimmte Sprachanwendung zu verbieten. Der Betriebsrat sollte eher Maßnahmen erwirken, welche die Sprachbarrieren auf beiden Seiten abbauen.

Der Betriebsrat könnte zum Beispiel darauf hinwirken, dass allen Kolleg:innen ein Arbeitsvertrag in ihrer Erstsprache ausgehändigt wird. Das klingt selbstverständlich, dennoch haben Beschäftigte in Deutschland keinen Rechtsanspruch darauf. Daraus können erhebliche Nachteile für die Arbeitnehmer:innen entstehen – und ein großes Konfliktpotenzial im Betrieb. Auch Betriebsvereinbarungen, geltende tarifliche Regelungen und Aushänge sollten in alle Erstsprachen übersetzt werden, die im Betrieb vertreten sind.

Der Arbeitgeber hat gegenüber einzelnen Arbeitnehmer:innen verschiedene Unterrichtungspflichten, zum Beispiel aus § 81 BetrVG. In § 12 Betriebssicherheitsverordnung ist sogar explizit geregelt, dass dies »in einer für die Beschäftigten verständlichen Form und Sprache« erfolgen muss. Gerade beim Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz könnte der Betriebsrat ansetzen und versuchen, über sein Mitbestimmungsrecht aus § 87 Abs. 1 Nr. 7 BetrVG mehr Übersetzungen durchzusetzen.

Sprachkurse – Wie sind sie durchsetzbar?

Leider sind die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates bei Berufsbildung weiterhin schwach ausgeprägt. Dennoch kann der Betriebsrat sich dafür einsetzen, Sprachkurse zu etablieren – sowohl für Kolleg:innen mit Deutsch als Erstsprache als auch für Kolleg:innen mit anderen Erstsprachen. Immerhin haben Arbeitgeber und Betriebsrat eine Pflicht zur Förderung von beruflicher Bildung. In § 96 Abs. 1a BetrVG findet sich nun auch die Möglichkeit, in diesen Fragen eine moderierende Einigungsstelle heranzuziehen. Wenn aufgrund von organisatorischen Maßnahmen des Arbeitgebers bestimmte Sprachkenntnisse plötzlich erforderlich werden, könnte der Betriebsrat sogar ein zwingendes Mitbestimmungsrecht bei der Einführung von Sprachkursen haben (§ 97 Abs. 2 BetrVG).

Auch wenn der Arbeitgeber selbst Vorgaben zur Verwendung von Sprache im Betrieb machen will, kann der Betriebsrat dies nach § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG mitbestimmen.

BetrVG-Änderungen zu Erstsprachen nicht in Sicht – Kreative BR-Lösungen sind gefragt

Das Betriebsverfassungsgesetz muss dringend sensibler gegenüber verschiedenen Erstsprachen werden. Der DGB fordert zum Beispiel, Sprache in den Katalog in § 75 BetrVG aufzunehmen. Beschäftigte dürften dann nicht mehr aufgrund ihrer Sprache benachteiligt werden.[5] DIE LINKE will es zu den allgemeinen Aufgaben des Betriebsrates machen, »den Austausch und Zusammenhalt aller Beschäftigten insbesondere bei verschiedenen Erstsprachen zu fördern«.[6]

Die Bundesregierung hat mittlerweile angekündigt, ihre Reform des Betriebsverfassungsgesetzes im ersten Halbjahr 2023 auf den Weg zu bringen. Im Koalitionsvertrag sind leider keinerlei neue Regelungen in Bezug auf verschiedene Erstsprachen im Betrieb vorgesehen. Betriebsräte und Gewerkschaften werden also vorerst auf sich allein gestellt sein, wenn es darum geht, Lösungen zu finden, wie Kolleg:innen mit verschiedenen Erstsprachen gleichberechtigt in die Arbeit der Interessenvertretung integriert werden können.

** Rene Kluge ist ehemaliger Betriebsratsvorsitzender und arbeitet als Betriebsratsberater für »Recht und Arbeit«: www.rechtundarbeit.net*

Anmerkungen:

1 *Vgl. für beides Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Fachkräftestrategie der Bundesregierung. Oktober 2022.*
2 *Selbstverständlich ist Migrationsgeschichte nicht gleichzusetzen damit, Deutsch nicht als Erstsprache zu haben. Letzteres wird jedoch nicht abgefragt.*
3 *Fitting: BetrVG § 40, Rn. 19.*
4 *Landesarbeitsgericht Nürnberg, Beschluss vom 18. Juni 2020 – 1 TaBV 33/19.*
5 *Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.): Betriebliche Mitbestimmung für das 21. Jahrhundert. 2022.*
6 *Fraktion DIE LINKE im Bundestag: Konzept zur Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung. 2021.*

Bewegung mit Recht: In dieser Kolumne möchten wir Euch verschiedene Ideen und Anregungen für die Arbeit des Betriebsrates und anderer Interessenvertretungen geben. Für Fragen, Kommentare oder Themenvorschläge könnt Ihr Euch gerne direkt an den Autor wenden: rene@rechtundarbeit.net

Mehr schiefe historische Vergleiche als Analyse…

Kritische Anmerkungen von Ulrich Maaz* zu »Propaganda der ›echten Solidarität‹« in *express* 10/2022

In *express* 10/2022 erschien Klaus Webers Artikel »Propaganda der ›echten Solidarität‹«. Unser regelmäßiger Autor, als Sozialwissenschaftler an der Hochschule München ausgewiesener Experte für Faschismustheorien, legt in dem Beitrag eine fortgesetzte Gesellschaftsformierung nahe, die in der Tradition des nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsgedankens stünde. Die Positionen dazu auch innerhalb der Redaktion des *express* gehen denkbar weit auseinander – ebenso geht es unseren Leser:innen. Wir dokumentieren an dieser Stelle zwei Zuschriften zu Klaus Webers Beitrag und freuen uns auf weitere anregende Debattenbeiträge.

Mehr schiefe historische Vergleiche als Analyse, das war meine erste Reaktion nach der ersten Lektüre des genannten Beitrags. Nachdem ich den Artikel erneut gelesen hatte, hat sich dieser Eindruck verfestigt. Warum?

Klaus Weber bezieht sich auf einen Beitrag (re-visited) im *express* 7-8/2022 zur »Konzertierten Aktion« 1966/67. Dort kämen »die ideologischen Anleihen beim deutschen Faschismus« zu kurz. Er stellt die »Konzertierte Aktion« in den Kontext von Ludwigs Erhardts »formierter Gesellschaft«, die eine »Neuformulierung der Volksgemeinschaftsidee unter anderem Namen [sei]«, »eine ›Zeitenwende‹, wenn man so will.« Die »formierte Gesellschaft« werde außerdem durch außenpolitisch und militaristisch hergeleitete Begründungsmuster unterlegt. Die aktuelle »Konzertierte Aktion« stehe in dieser Kontinuität: Unterordnung der parlamentarischen Demokratie unter Kapitalinteressen, die als das Gemeinwohl ausgegeben werden. Repressiv nach innen, militaristisch nach außen.

Hier fällt schon auf, dass eine Kontinuität unterstellt wird, die angesichts der sozialen Widersprüche und der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte sehr fragwürdig ist.

- Welchen Charakter, welche Bedeutung und welche tatsächliche Reichweite hat die aktuelle »Konzertierte Aktion« im Vergleich zu der der 1960er Jahre?
- Welche unterschiedlichen Grundlagen haben Sozialpartnerschaft und Volksgemeinschaft?
- Welche Konsequenzen hatte und hat die neoliberale Variante des Kapitalismus auf die politischen Verhältnisse?
- Welche politischen und ökonomischen Konsequenzen ergeben sich aus der Umweltzerstörung und der Erderwärmung, die ja inzwischen nicht mehr nur als Klassenfrage, sondern auch als Gattungsfrage begriffen werden müssen?
- Welche Ursachen und innenpolitischen Auswirkungen haben wachsender Nationalismus und der russische Angriffskrieg in der Ukraine?

Diese und andere Fragen tauchen bei Weber gar nicht erst auf. Seine ideologiekritische Argumentation ist so gut wie widerspruchsfrei.

Auf dieser schwachen und fragwürdigen Grundlage widmet er sich im zweiten Teil seines Textes dann ausführlich der Politik von Gewerkschaften und der Parteien SPD und Grüne. Sie seien die Protagonisten bzw. Unterstützer von Deutschlands Aufrüstung, Militarismus und Volksgemeinschaft.

Unter der Zwischenüberschrift »Die neue Volksgemeinschaft – Kurzduschen als Solidaritätsbezeugung« heißt es da:

»Bei aller Abneigung gegenüber Putins völkisch-nationalistischen und zugleich neoliberalen Ideen und einem großrussischen Reich – er ist weder schuld an der Kinderarmut (die wachsende Kinderarmut sei ›eine wirtschaftliche Folge des Kriegs in der Ukraine‹, so Bundesfamilienministerin Lisa Paus am 18. August 2022 in der *FAZ*), noch am Wassermangel, an der Verteuerung des Benzins oder an der Explosion von Strom- und Gaspreisen etc. Was Grüne und SPD momentan aufbieten, um die Subjekte der Nation anzusprechen und sie aufzufordern, als Deutsche ihre persönlichen Vorlieben (Duschen, Heizen, Waschen etc.) zurückzustellen, um Putin das Handwerk zu legen, ist ideologietheoretisch einzig wirksam, wenn sich die Angesprochenen als Teil einer Volksgemeinschaft und als Patriot:innen verstehen.«

Soso: Putins *Ideen* sind also nicht die Ursache, aber was sein *Krieg* (nicht nur in der Ukraine) auch bewirkt – darüber schreibt Klaus Weber wenig.

Merkwürdig finde ich auch, dass er beim Thema Volksgemeinschaft die Putin-Fans verschiedener Couleur überhaupt nicht erwähnt und vor allem die Politik der AfD nicht einordnet.

Man muss kein Freund der SPD oder der Grünen und auch nicht unkritisch gegen-

über den deutschen Gewerkschaften sein, um festzustellen: Dies ist keine fundierte und differenzierte politische Analyse mehr, sondern grobe Polemik.

Die notwendige Kritik an sozialpartnerschaftlicher Orientierung, am Standortnationalismus und korporatistischen Entgleisungen der Gewerkschaften wird verschenkt und geradezu versenkt, wenn die unübersehbaren qualitativen Unterschiede zwischen nazistischer Volksgemeinschaft, Konzertierter Aktion der 1960er und dem aktuellen Gesprächskreis bei Olaf Scholz im Kanzleramt vernachlässigt bzw. »klein« geschrieben werden.

Im dritten Teil des Artikels wird deutlich, dass dem Autor nach so viel vermeintlicher Gewissheit – vielleicht aber auch gerade deswegen – wenig zu linken emanzipatorischen Perspektiven einfällt. Ernüchtert stellt er fest:

»Die Lage von kritischen Gewerkschafter:innen und anderen emanzipatorischen Kräften ist so hoffnungslos wie selten – der neuen Kriegspolitik materieller sowie ideeller Aufrüstung wird weder durch die Linke noch durch (wie zu Zeiten des Krefelder Appells) Pazifist:innen und/oder bedeutende Intellektuelle etwas entgegengesetzt. Die Formierung der Subjekte zu willigen Unterstützer:innen einer imperialistischen Außenpolitik im Sinne des globalen Kapitals wird zudem begleitet durch die Idee, [...] welche bis heute in diesem Land beliebt ist: dass Klassenkampf die Volksgemeinschaft zerstört, welche den Deutschen doch wichtiger sein muss als höhere Löhne oder gar mehr Selbstbestimmung in den Betrieben.«

Klaus Weber hat recht, wenn er die Schwäche der Linken beklagt. Keine:r hat den Stein der Weisen. Schritte zu ihrer Überwindung könnten aber sein, in Betrieb, Gewerkschaften und Gesellschaft Solidarität zu praktizieren und gegen Nationalismus, (soziale) Ausgrenzung, das zerstörerische kapitalistische Profitsystem und für Klimaschutz zu streiten.

Dabei gibt es viele Widersprüche. Die gilt es analytisch-theoretisch aufzunehmen und produktiv werden zu lassen. Das hat Klaus Weber in seinem Beitrag leider nicht versucht. Das ist schade und überraschend zugleich, da wir Klaus Weber als Autor – auch in dieser Zeitschrift – kennengelernt haben, der seine Leser:innen mit pointierten – aber eben mit nicht grobschlächtigen – Vergleichen herausfordern kann.

** Ulrich Maaz ist langjähriger ver.di-Aktiver aus Hamburg.w*

Dringliches

Zugestellt und ausgeliefert!

Sechs Tage pro Woche sind sie unterwegs, klingeln an unzähligen Türen und stellen täglich 200 oder mehr Pakete zu: Kurierfahrer:innen, die im Auftrag von Logistikfirmen arbeiten. Ein Großteil von ihnen kommt aus dem Ausland, der Job dient häufig als Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt. Das Versprechen der Firmen, Sendungen in kürzester Zeit auszuliefern, steht im Mittelpunkt, was das aber für die Beschäftigten bedeutet, spielt keine Rolle.

Die Branche der Kurier-, Express- und Paketdienste (KEP), die zu den am stärksten wachsenden Wirtschaftsbereichen zählt, ist geprägt durch eine Vielzahl von Firmen und Konstrukten von Beschäftigung. Alltäglich sind: überlange Arbeitszeiten, hoher Arbeitsdruck und unmittelbare Kündigungen, sobald es Probleme gibt. Es stellen sich Fragen: Welche Rolle spielt in diesen Arbeitsbeziehungen die Zunahme von Digitalisierung? Wie sehen die Beschäftigungsmodelle aus? Welche Veränderungen muss es geben, um die Arbeitsverhältnisse zu verbessern?

Die Grundlage für die Diskussion bietet ein Input des Soziologen Klaus Schmierl, der zu Entwicklungstrends in der Arbeitswelt und zu Fragen der Mitbestimmung forscht. Die Erfahrungen aus der Beratung der Beschäftigten wird Piotr Mazurek einbringen, der bei Faire Mobilität als Branchenkoordinator für den Bereich der KEP-Branche zuständig ist.

Die Diskussion findet online statt, der Zugangslink wird nach Anmeldung zugeschickt.

Wann: Montag, 28. November 2022, 17:30 bis 19:00 Uhr
Veranstalter: faire Mobilität, DGB
Informationen und Anmeldung: Bitte bis zum 23.11.22 an: anmeldung@faire-mobilitaet.de

Online-Workshop für Riders

Für den 10. Dezember laden das »Kritische China-Forum« und die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu einer Video-Konferenz ein. Ziel der Konferenz ist es, Essenslieferant:innen aus Deutschland und China zu einem Austausch über Arbeitsbedingungen und Arbeitskämpfe zusammen zu bringen. Dabei soll es um Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten in den Arbeitsbedingungen gehen. Im Zentrum der Konferenz steht die Frage danach, wie sich Menschen in diesem Bereich organisieren und wie Formen der internationalen Zusammenarbeit aussehen können. Welche Organisationsformen können in diesem Bereich sinnvoll sein? Traditionelle Gewerkschaften, Basisgewerkschaften oder vielleicht doch eher Kollektive jenseits der Gewerkschaften? Neben einigen kurzen wissenschaftlichen Einführungen werden vor allem Rider von ihren Arbeitsbedingungen und Arbeitskämpfen berichten. Referent:innen u.a.: Simon Schaupp (Uni Basel), Lee Yu (Researcher Hong Kong), Au Gaawing (Riders' Rights Concern Group Hong Kong) und Beschäftigte aus Lieferunternehmen.

Wann: Samstag, 10. Dezember, 9:00 bis 13:30 Uhr
Veranstalter: Kritisches China-Forum, Rosa-Luxemburg-Stiftung
Informationen und Anmeldung:
Bis Donnerstag, 8. Dezember an forumarbeitswelten@fuwei.de.

Starker Tobak

Leserbrief zum Artikel »Propaganda der ›echten Solidarität‹« in express 10/2022

Der Artikel von Klaus Weber »Propaganda der echten Solidarität« ragt in der Ausgabe des *express* 10/2022 deutlich heraus. Der sprachlich, gelinde gesagt, sperrige Titel und die Länge des Textes machten neugierig. Allerdings löste der Inhalt bei mir einen »Leserbriefschreibimpuls« aus. Die Irritationen über den Text waren nicht unerheblich.

Bereits der vom Autor übernommene Ansatz von Reinhard Opitz einer »formierten Gesellschaft« beschreibt ja nicht mehr als die

bekannte Restauration der ökonomischen Machtverhältnisse und die Kontinuität der nationalsozialistisch kompromittierten Eliten in der jungen Bundesrepublik. Im Übrigen ist der Umstand, dass es eben keinen echten Neuanfang nach 1945 gegeben hat, in der Literatur oftmals eindrücklicher beschrieben worden als in vielen politikwissenschaftlichen Diskursen. Wer wissen will, wie es damals zuging, braucht beispielsweise nur Heinrich Böll, Wolfgang Koeppen und Arno Schmidt zu lesen.

Wichtiger aber ist Klaus Webers These, die »formierte Gesellschaft« sei fortwährende und dominierende Konstante in der Geschichte der Bundesrepublik. Die »formierte Gesellschaft« erkläre auch die freiwillige Hinnahme der aktuellen Regierungspolitik durch die große Mehrheit der Bevölkerung. Dies trotz multipler Krisen mit ihren Gefährdungen und Wohlstandsverlusten.

Aber hat es diese »formierte Gesellschaft«, hat es die »Leistungsgemeinschaft, in der Pluralismus nichts verloren hat« denn jemals in der Bundesrepublik in einer »Reinheit« gegeben, die wirksame öffentliche kritische Diskurse und fortschrittliche Entwicklung per se ausgeschlossen hat? Sicher nicht. Haben sich nicht in den 1960er und 1970er Jahren eine ganze Reihe politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen gezeigt, die durchaus gesellschaftlichen und auch sozialen Fortschritt mit sich brachten?

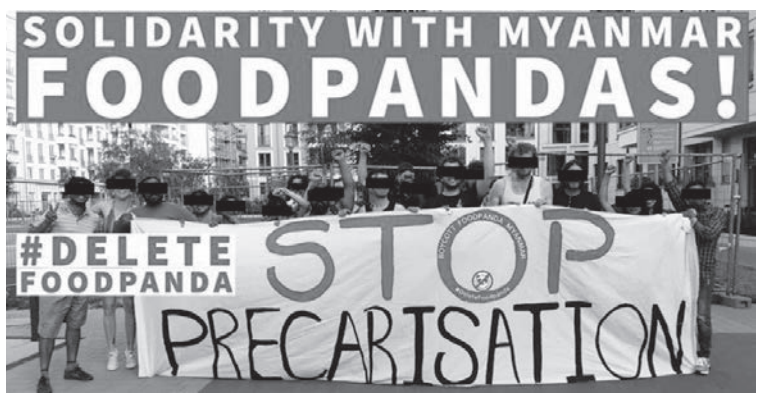
Sicher, die grundsätzlichen ökonomischen Machtverhältnisse bestehen weiter fort. Auch aktuell verursacht und verschärft der Kapitalismus die multiple Krise. Aber stimmt die von Klaus Weber etwas versteckt formulierte Aussage, politisches Handeln hat keinerlei Auswirkung auf die Logiken von Produktionsverhältnissen und Kapitalinteressen? Als Beispiel nennt er Sparmaßnahmen der ersten Großen Koalition von CDU/SPD in den 60er Jahren. Er negiert aber die in den späten 60er und frühen 70er Jahren vielfältigen erzielten gewerkschaftlichen Erfolge und politischen Reformen, die insbesondere unter der sozialliberalen Koalition erreicht worden sind. Genannt seien hier nur das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 oder das Mitbestimmungsgesetz vom 1976. Natürlich kann man entgegenhalten, dass diese Fortschritte den Kapitalismus nicht ins Wanken gebracht haben, vielleicht sogar stabilisiert haben. Aber vom Himmel gefallen sind sie auch nicht. Sie sind erstritten und erkämpft worden.

Ja, es ist der Weg Reformismus mit all seinen Widrigkeiten, den die Gewerkschaften, die deutsche Sozialdemokratie gegangen sind und noch heute gehen. Die Grünen gehen ihn eigentlich auch schon immer. Und ja, der ökonomische Wohlstand der Bundesrepublik ist in Teilen sicherlich auf die Ausbeutung der Dritten Welt aufgebaut. Die Behauptungen aber, dass es ein bewusstes »affirmatives Stillhalten« des gesamten deutschen Proletariats gegeben hätte und der DGB einen fortwährenden Schulterschluss mit dem Kapital betreiben würde, sind lediglich plakativ. Sie erfassen in keiner Weise die Handlungs- und Machtkonstellationen, Konflikte und Wirkungsweisen der industriellen Arbeitsbeziehungen, mit denen sich die Beschäftigten und ihre gewählten Vertreter:innen täglich auseinandersetzen mussten und müssen.

Vor allem führen oben genannte Vereinfachungen, wenn man sie als bestimmendes Erklärungsmuster der »gesellschaftlichen Realität« annimmt, zu Resignation und Defätismus. Die Subjekte (die Proletarier, der DGB-Vorsitzende als Beispiele) handeln nicht so, wie man sich das wünscht oder wie es das »Lehrbuch« vorsieht. Dann stülpe ich eben über die »Subjekte«, über die komplexe gesellschaftliche Wirklichkeit mit ihren Widersprüchen und Unzulänglichkeiten eine politische Theorie. Diese hat zwar den Anspruch, umfassend »aufzuklären«, kann aber keinen Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt leisten, weil die Subjekte es ja fortwährend »vermasseln«.

In dem gewählten Ansatz von Klaus Weber fehlt mir zudem die Bereitschaft, sich differenziert mit den Zwängen, Abhängigkeiten, Machtverhältnissen von Beschäftigten, von Gewerkschaftsfunktionären, Politikern, ja, sogar den Arbeitgebern auseinanderzusetzen. Sonst geschieht dies im *express* regelmäßig, so etwa in den Artikeln über gewerkschaftliches Organizing oder über gewerkschaftliche und betriebliche Konflikte.

Zum Ärgernis, oder gar unheilvoll, wird die aus meiner Sicht fehlende Bereitschaft einer differenzierten Analyse des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Auch in diesem Teil des Artikels wird ein krasses Schwarz-Weiß-Bild von sozialdemokratischen und grünen Positionen gezeichnet.



Die eigentliche Ursache für die vorgebliche und in Teilen reale Militarisierung der bundesrepublikanischen Politik wird nicht klar benannt: Es ist der völkerrechtswidrige Angriffskrieg des von Putin diktatorisch beherrschten Russlands auf die Ukraine.

Auch ich glaube nicht, dass 100 Milliarden Euro für die deutsche Bundeswehr oder die moralisierende Außenpolitik von Außenministerin Baerbock gute Lösungsansätze für eine Beendigung des Krieges sind. Auch ich beobachte, wie die bürgerlichen Medien, teilweise das öffentlich-rechtliche Fernsehen, vielfach ausschließlich militärischen Lösungen das Wort reden. Kritische Stimmen, die das unsägliche Leid des Krieges thematisieren und nach mehr Diplomatie rufen, kommen medial so gut wie nicht vor. Oft wird sogar versucht, sie lächerlich zu machen.

Aber von einer »Gleichschaltung« der Medien in der Bundesrepublik auszugehen und festzustellen, dass wir uns in einer formierten Gesellschaft 2.0 befinden, in der die gesamte Bevölkerung einer von den Grünen und SPD instrumentierten Volksgemeinschaft folgt, ist doch starker Tobak. Und derartige Positionen verharmlosen wirklich gleichgeschaltete Gesellschaften wie etwa die Russlands, in der jede:r Bürger:in sofort eingesperrt wird, wenn sie/er eine von Putin und seiner Clique abweichende Meinung vertritt. Wenn eine Gesellschaft aktuell formiert ist, dann doch die gewaltsam formierte Gesellschaft Russlands.

Resümierend zeichnet der Aufsatz ein zu unterkomplexes Abbild unserer Wirklichkeit. Unsere Wirklichkeit, unsere moderne Gesellschaft mit ihren Teilsystemen sind aber vor allem eins. Sie sind überaus komplex und die Menschen in ihrem Tun vielfach beschwert. »Befreiendes Handeln« kann es in ihnen aber trotzdem geben, wenn vielleicht in absehbarer Zeit auch nicht im Sinne des Verfassers. Aber der scheint ja ohnehin schon aufgegeben zu haben.

Tomas Nieber, Stade

contraste
zeitung für selbstorganisation
459 39. JAHRGANG DEZEMBER 2022 4'50 EUR
PROJEKTE GENOSSENSCHAFTEN BIOTONNE KUNST&KULTUR

SCHWERPUNKT
Ziviler Ungehorsam
www.contraste.org

Schutzschirm gegen Inflation?

Fritz Hofmann* zum Tarifabschluss für die chemische Industrie

Nachdem die IG BCE für den Bereich Chemieindustrie im April 2022 nur eine »Tarifbrücke« bis zum Oktober gebaut und eine Einmalzahlung von 1.400 Euro vereinbart hatte, legt sie jetzt einen Tarifabschluss vor. Sie nennt ihn einen »Schutzschirm gegen Inflation«.

Auf den ersten Blick fällt die ewig lange Laufzeit negativ auf: von April 2022 bis Juni 2024 – mehr als zwei Jahre in einer Zeit schneller Änderungen der Rahmenbedingungen!

In dieser Zeit soll es zwei tabellenwirksame Erhöhungen geben: 3,25 Prozent im Januar 2023 und 3,25 Prozent im Januar 2024; dazu zwei Einmalzahlungen von jeweils 1.500 Euro in denselben Monaten. Dabei greifen die Tarifvertragsparteien darauf zurück, dass der Staat bei solchen Zahlungen bis zu einer Höhe von 3.000 Euro auf Steuern und Sozialabgaben verzichtet. Da fällt Tarifpolitik leichter, aber die Leidtragenden sind die Sozialversicherungen.

Wie ist die materielle Seite dieses Abschlusses zu bewerten?

Ein Warenkorb, der im April 2022 3.095 Euro wert war, kostet im April 2024 bei acht Prozent Jahresinflation 3.610 Euro. Facharbeiter:innen, die im April 2022 ein Entgelt von 3.095 Euro brutto monatlich erhielten (Facharbeitergruppe E6 Anfangssatz), werden ab Januar 2024 3.342 Euro brutto aus tabellenwirksamer Erhöhung erhalten. Dazu kommen 169 Euro monatlich, wenn man seine drei Einmalzahlungen gleichmäßig über die Laufzeit verteilt.

So stehen ihnen am Ende der Laufzeit 3.511 Euro monatlich zu. Zum verteuerten Warenkorb fehlen also noch 99,90 Euro. Und wenn wir noch zusätzlich 70 Euro zurechnen, weil zwei von den drei Einmalzahlungen steuer- und sozialversicherungsfrei sind, dann ist eine Jahresinflation von acht Prozent immer noch nicht ausgeglichen.

Dabei sind ja acht Prozent eine optimistische Annahme, denn derzeit liegt die Inflation bei über zehn Prozent. Da regnet es rein in den Schutzschirm!

Warum unterschreibt man einen solchen Abschluss? Weil man der Regierung den Rücken freihalten will in schwierigen Zeiten? Weil man die Belegschaften nicht für mobilisierungsfähig hält? In anderen Branchen, wie aktuell in der M+E-Tarifrunde der IG Metall, wird gerade das Gegenteil bewiesen. Und warum hat man nicht den Versuch gemacht, sich mit anderen laufenden Tarifrunden zu koordinieren?

Mir scheint, die Stimmung unter den Kolleginnen und Kollegen schwankt zwischen Enttäuschung und stiller Resignation. Natürlich weiß man, dass die Geschäfte nicht mehr so gut gehen. Aber auch die Nachteile von Einmalzahlungen und überlangen Laufzeiten sind bekannt. Und viele fürchten, dass die Rechnung nicht aufgeht und sie am Ende auf einem Reallohn-Verlust sitzen bleiben.

** Fritz Hofmann ist Rentner und war früher Betriebsrat bei der BASF.*

Niedersächsische Momentaufnahme

Die AG Wahlbeobachtung zur Niedersachsenwahl 2022

Auch in der Landtagswahl am 9. Oktober 2022 zeigte sich, dass Landtagswahlen im besonderen Maße Ministerpräsident:innen-Wahlen sind. Der amtierende Ministerpräsident Stephan Weil genießt lagerübergreifend hohe Zustimmung. Trotz eines Verlustes von 3,5 Prozent Stimmenanteil gegenüber 2017 wird die SPD immer noch als Wahlsieger wahrgenommen. Alles relativ, denn die CDU, der Koalitionspartner bis dahin, verliert mit 5,5 Prozent noch mehr und landet mit 28,1 Prozent auf einem niedersächsischen Unionstiefstand. Die CDU hat es nicht geschafft, den 9. Oktober zur Protestwahl gegen die Ampel zu machen. Das rechte Merzeln vom CDU- Spitzenkandidaten Althusman kam bei den Wähler:innen aber nicht gut an. Die FDP fliegt mit nur 4,7 Prozent aus dem Landtag. In Zeiten von kommender Rezession, sozialen Verwerfungen aus Inflation und hohen Energiepreisen wirken die Dogmen aus Schuldenbremse und sparsamer Staatsintervention wie aus der Zeit gefallen.

Rot-Grün scheint das neue Regierungsformat in Niedersachsen zu sein: im Vergleich zur Landtagswahl 2017 hat dieses Lager insgesamt 2,3 Prozentpunkte dazugewonnen. Das ist aber eine reine niedersächsische Momentaufnahme und kein Bundestrend.

Gewonnen haben die beiden sozio-kulturellen Pole im Land: die Grünen (14,5 %) legen um 5,8 Prozentpunkte zu und die rechte AFD (10,9 %) um 4,7 Prozentpunkte. Die Linkspartei hat mit 2,7 Prozent den Einzug in den Landtag klar verpasst.

Kaum beachtet wurde in der niedersächsischen Nachwahldiskussion, dass die Wahlbeteiligung um knapp drei Prozent gesunken ist. Jede:r zehnte Niedersächs:in kann mangels deutschem Pass nicht mitwählen. Die Repräsentationslücke wird noch größer,

Tabelle 1: Niedersachsen: Zweitstimmenanteil der Gewerkschaftsmitglieder Landtagswahlen 2022 und 2017 (in Klammern Gesamtergebnis), in Prozent

	SPD	CDU	Grüne	AfD	FDP	LINKE
Niedersachsen 2022	41 (33,4)	20 (28,1)	14 (14,5)	12 (10,9)	4 (4,7)	3 (2,7)
Niedersachsen 2017	48,7 (36,9)	23 (33,6)	8,3 (8,7)	8 (6,2)	5 (7,5)	5,4 (4,6)

Quelle: Einblick, auf Basis Wahltagsbefragung Forschungsgruppe Wahlen

Tabelle 2: Zweitstimmenanteil der Gewerkschaftsmitglieder Landtagswahlen 2022, Frauen/Männer, in Prozent

	SPD	CDU	Grüne	AfD	FDP	LINKE
Gewerkschafterinnen	44	17	18	8	4	4
Gewerkschafter	40	22	12	14	4	3

Quelle: Einblick, auf Basis Wahltagsbefragung Forschungsgruppe Wahlen

Tabelle 3: Zweitstimmenanteil der Gewerkschaftsmitglieder Landtagswahlen 2022, nach Statusgruppen »Arbeiter«, »Angestellte« (jeweils alle Geschlechter), in Prozent (in Klammern: Differenz zu 2017 in Prozentpunkten)

	SPD	CDU	Grüne	AfD	FDP	LINKE
»Arbeiter«	41 (–10)	18 (–3)	9 (+5)	18 (+5)	4 (–1)	3 (–1)
»Angestellte«	42	19	18	8 (+3)	5 (0)	3 (–3)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, auf Basis Wahltagsbefragung. Anmerkung AG Wahlbeobachtung: Selbsteinschätzung der Befragten (umfasst Erwerbstätige, Rentner:innen, Erwerbslose)

wenn in Rechnung gestellt wird, dass die Wahlbeteiligung von der sozialen Lage abhängt.

Nach der *Bertelsmannstudie*[1] von 2015 war die Wahlbeteiligung schon 2013 in sozial privilegierten Schichten um bis zu 40 Prozentpunkte höher als die Wahlbeteiligung in sozial benachteiligten Milieus.

Deutschland und die Gewerkschaften haben ein Männerproblem

Wie schon in den letzten Jahren unübersehbar, ist das Wahlverhalten nach Geschlechtern gespalten.

Insgesamt wählen Frauen progressiver: Acht Prozent der Wählerinnen wählen AFD-rechts, aber 13 Prozent der Wähler. Frauen wählen mit 36 Prozent sozialdemokratisch, während die SPD in Niedersachsen insgesamt mit 33,4 Prozent etwas schlechter abschneidet.

Dieser Trend bildet sich auch bei dem Wahlverhalten der Gewerkschafter:innen ab. Bei dieser Nachwahlbefragung werden nicht nur die DGB-Gewerkschaften erfasst. Diese machen aber den eindeutig größten Anteil aus.

Rot-rot-grün hätte bei den Gewerkschafterinnen eine komfortable Mehrheit von 66 Prozent. Bei den männlichen Kollegen wären es nur 55 Prozent.

Keine Überraschung mehr, aber immer noch besorgniserregend: Bei den männlichen Kollegen stimmen prozentual mehr für die AFD (14 %), als es die männlichen Wähler mit 13 Prozent insgesamt tun. So erklärt sich das unschöne Gesamtergebnis: Die rechte AFD wird von 10,9 Prozent der niedersächsischen Wähler:innen, aber von 12 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder gewählt.

Auch wenn es viele Kolleg:innen gerne anders hätten: Gewerkschaftsmitgliedschaft immunisiert nicht gegen rechtes (Wahl)Verhalten. Unsere Zuversicht ist nicht besonders groß, dass darüber in den DGB-Gewerkschaften eine Auseinandersetzung und eine eigene Untersuchung beginnt.

Anmerkung:

1 *Einwurf 2/2015: Politische Ungleichheit – neue Schätzungen zeigen die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung (Zahlen für Deutschland)*

UNRAST – Neuerscheinungen

David Graeber

Einen Westen hat es nie gegeben | Fragmente einer anarchistischen Anthropologie

204 Seiten | 16 €
ISBN 978-3-89771-193-8

»Was ist Demokratie und wer hat's erfunden?«

Aus der Perspektive einer anarchistischen Anthropologie, die bisher nur als Möglichkeit existiert und die Graeber hier vorstellt, schaut er auf die kreativen, sozialen Möglichkeiten des Menschen und den Unterschied zwischen Demokratie und Büchern über sie.

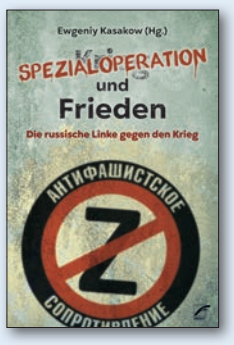
Marina Ginestà

Andere werden folgen …

Ein Roman

144 Seiten | 14 €
ISBN 978-389771-652-0

Der spanische Anarchosyndikalismus und der Widerstand gegen den Faschismus



Ewgeniy Kasakow

Spezialoperation und Frieden

Die russische Linke gegen den Krieg

248 Seiten | 16 €
ISBN 978-3-89771-194-5

Russische Opposition und Widerstand gegen den Krieg

Ewgeniy Kasakow gibt einen Überblick über die gesamte Bandbreite der Positionen der russischen Linken zum Krieg, zur russischen Invasionspolitik, dem NATO-Engagement, der humanitären Krise sowie den Themen Flucht und Sanktionen. Das Spektrum reicht dabei von oppositionellen KPRF-Mitgliedern, Sozialdemokratie und Linkssozialismus, über kleinere stalinistische und trotzkistische Parteien, Anarchist*innen, Gewerkschaftsaktivist*innen und Feministinnen bis hin zu Hochschuldozent*innen und Autor*innen der Diaspora.

Madlyn Sauer

Wir klagen an!

NSU-Tribunale als Praxis zwischen Kunst, Recht und Politik

hrsg. von Massimo Perinelli
304 Seiten | 19.80 €
ISBN 978-3-89771-094-2

Erste zusammenfassende Dokumentation zu den NSU-Tribunalen

Über drei Jahre hatte das Aktionsbündnis »NSU-Komplex auflösen!« gemeinsam mit den Betroffenen der NSU-Mord- und Anschlagsserie die Idee eines Tribunals entwickelt, das die versprochene »lückenlose Aufklärung« selbst in die Hand nimmt.
»Wir klagen an!« ist die erste zusammenfassende Dokumentation zu den NSU-Tribunalen, welche Madlyn Sauer detailliert vorstellt, analysiert und mit anderen Beispielen der internationalen Tribunalpraxis vergleicht.

Klima Kalender Gruppe

Klima Kalender 2023

Organisiert für Klimagerechtigkeit

232 Seiten | 12.80 €
ISBN 978-3-89771-670-4

Taschenkalender – nicht nur für Klimaaktivist:innen

Du willst dich für Klimagerechtigkeit organisieren und die voranschreitende Klimakrise eindämmen? Dann hast du mit dem Klimakalender 2023 den richtigen Jahresbegleiter in der Tasche. Hier findest du alles, was du für deinen Alltag brauchst!

Kalendergruppe

Antifaschistischer Taschenkalender 2023

200 Seiten | 8.90 €
ISBN 978-3-89771-723-7

Seit 30 Jahren – der tägliche Begleiter für die antifaschistische Hosentasche

Das ganze Programm online : www.unrast-verlag.de

Halt die Gosch

Peter Kern* über das schwierige Verhältnis deutscher Unternehmen zu Menschenrechten

Wer bei der Firma Bosch schafft, ist mit dem Spruch vertraut: *Halt die Gosch, schafft beim Bosch.* Die Deutschland AG muss man sich als ein gigantisches Boschwerk vorstellen. Jedenfalls, wenn man sie aus der den Vorstandsvorsitzenden dieser AG eigenen Sicht betrachtet. Acht davon haben ihre Belegschaft, die deutsche Öffentlichkeit, neulich gemaßregelt. Kursiert in dieser Öffentlichkeit doch ein zu wenig chinafreundliches Bild. Die Vorstandsvorsitzenden von Bosch, VW, BASF, Siemens et al, dazu aus gegebenem Anlass die Chefin der Hamburger Hafen AG, sind vergrätzt. Eigentlich wäre eine solche Erklärung Sache der BDI, der Bundesvereinigung der Deutschen Industrie. Dass die Vorstände sich selbst äußern, statt das Statement ihrem Frühstücksdirektor zu überlassen, zeigt, wie wichtig ihnen die Sache ist.

Der chinesische Markt ist für sie nach den Vereinigten Staaten der bedeutendste. Hier machen sie über ein Drittel ihres Umsatzes; die deutsche IT-, Pharma-, Möbel- und Bekleidungsindustrie sowie der Maschinenbau beziehen zudem zwischen 50 und 80 Prozent ihrer Vorprodukte aus chinesischer Produktion. Man ist von dieser Ökonomie in einer Weise abhängig, die die mit Russland verbindenden Lieferketten als einen Bindfaden erscheinen lassen. Das Statement der deutschen Konzernherrinnen und -herren kommt Pekings KP so gelegen wie dem Herrn Putin die Demonstrationen gegen das angeblich bevorstehende, von der Ampelregierung zu verantwortende, Erfrieren und Verelenden, die aktuelle Querfront schlauer Rechter und dummer Linker.

Die in der *FAZ* vom 10. November 2022 publizierte Erklärung der Crème des deutschen Kapitalismus beginnt mit einem Rückblick. 50 Jahre sei die Aufnahme diplomatischer Beziehungen her, und es seien für beide Länder gute Jahre gewesen. Es sei China zu verdanken, dass – so die Herren Topmanager – Deutschland »heute eines der weltweit höchsten Wohlstandsniveaus« besitze. Muss man zwischen den Zeilen lesen, wenn die Botschaft in den Zeilen steht? Die Kritik an den Investitionen in China sei maßlos; am besten wäre es, sie unterbliebe. Für die völlig Begriffsstutzigen wird noch der Satz nachgeschoben: »Wir sichern damit Arbeitsplätze und Lebensunterhalt vieler Menschen in Deutschland.«

Für diese Stellungnahme muss man eigentlich dankbar sein. Denn sie befördert an die Öffentlichkeit, was zur Erfahrung jedes Betriebsrates eines Großkonzerns gehört, aber der öffentlichen Wahrnehmung entzogen ist; denn es spielt sich im Arkan-Bereich einer Sitzung des Aufsichtsrats oder des Wirtschaftsausschusses ab. Kommt dort ein Betriebsrat auf die Idee, eine geplante Investition in eine chinesische Fabrik kritisch zu sehen, weist man ihm Sehstörung nach. Der Vertreter der Kapitalseite zeigt ihm die Charts mit dem hohen und mit dem ganz mickrigen Balken. Der hohe bildet die chinesische, der niedrige die Profitrate der deutschen Werke ab. Die wenig rentablen Fabriken würden von den hoch rentablen über Wasser gehalten. Noch weitere, kritische Fragen? Der Herr von der Geschäftsleitung gebraucht natürlich nicht das Vokabular des marxistischen Wörterbuchs. Statt von der Profitrate spricht er vornehm vom Ebit. Das ›Earning before interests and taxes‹ macht ihm mit Raten von zehn, manchmal 15 Prozent richtig Spaß und den Betriebsrat kleinlaut.

Über die Lage der Uiguren verliert die Erklärung der acht Vorstände auch einen Satz: »Und die Menschenrechtssituation in der Provinz Xinjiang entspricht nicht unseren Werten.« Außerhalb dieser Provinz ist die chinesische Welt demnach in Ordnung. Wäre es nicht eine lohnende philologische Untersuchung, der Karriere des Wortes »unsere Werte« nachzugehen? Auf wen geht das Wort zurück? Hat es der Mund der Frau geformt, deren Hände so gerne die Raute formten?

Das »Und« im wiedergegebenen Zitat berührt einen den Spitzenmanagern wirklich wichtigen Gegenstand. Ihre Sorge gilt den »besorgniserregenden Spannungen in der Straße von Taiwan«. Die Sorge gilt der für Staus so anfälligen Straße, nicht den hinter dem Transportweg lebenden, vom chinesischen Militär bedrohten Taiwanesen. »Der Mensch steht im Mittelpunkt« – beliebtester Satz jeder auf einer Betriebsversammlung gehaltenen Vorstandsrede – kann nicht immer verlautbart werden.

Die CEOs verweisen in ihrer Erklärung auf die von Chinas Markt ermöglichten Skaleneffekte. Auf die deutsche Angestelltengesellschaft schauen sie als eine mit BWL gebildete Öffentlichkeit. ›Economy of scale‹: Wo Produktion mit hohen Stückzahlen möglich ist, sind sinkende Preise die logische Folge. Es ist ein Wink nicht mit dem Zaunpfahl, aber mit dem Automobil. Das Elektroauto werde für den deutschen Käufer erst erschwinglich, wenn das Verkaufen in China ungestört über die Bühne gegangen sei. Vermutlich gibt es auch eine politische ›Economy of scale‹, und die Macht der KP korreliert mit den hohen Stück- und Verkaufszahlen der Auslandskonzerne.

Es war der auf Mao Tse Tung folgende Deng Xiaoping, der den chinesischen Markt für das westliche Kapital geöffnet hatte. Von Deng ist der die Ökonomie betreffende Satz in Erinnerung geblieben: »Es ist egal, ob eine Katze schwarz oder weiß ist – Hauptsache, sie fängt Mäuse.« Wem die Produktionsmittel gehören, bleibt sich demnach gleich, ob der Seite der lebendigen Arbeit oder der Seite des toten Kapitals. Dengs Macht geriet ins Wanken, als die Studierenden auf dem Platz des Himmlischen Friedens demonstrierten. Gingen die Proteste auf dem Tiananmen nicht auf die mit den westlichen Investitionen fusionierten Bürgerrechte zurück? Es war aber Gorbatschows Perestrojka, die den Protest auf die Straße trieb. Die Partei ließ die Panzer rollen und die Leiber der Demonstrant:innen zermalmen. Die hatten es gewagt, einen bürgerliche Freiheitsrechte garantierenden Sozialismus zu fordern. Als die Panzer kamen, sangen die Protestierenden, darunter für freie Gewerkschaften demonstrierende Arbeiter, die Internationale.

Die Uiguren haben diese Idee nicht wiederbelebt. Vermutlich wollen sie nur Religionsfreiheit, das Recht, frei ihre Arbeitsstelle zu wählen, und den Schutz vor der Willkür der Justiz und des Knüppels. Aber was heißt nur? Mit solchem Begehren fing der Ausgang aus den Feudalverhältnissen des Mittelalters an. In solchem Feudalismus will die Partei die uigurische Minderheit und die ganze chinesische Gesellschaft halten.

Die ausländischen Unternehmen sind die Komplizen dieser Unterdrückung, weil sie, mit Hilfe ihrer Investitionen und Arbeitsplätze, den Güterreichtum für wachsende Bevölkerungsteile verfügbar machen. Xi Jinping und die Seinen brauchen den bescheidenen Wohlstand und die Aussicht darauf, denn mit Repression allein lässt sich nicht regieren.

Die deutsche Managerelite moniert ein gegenwärtig unausgewogenes Geben und Nehmen. Die Spielregeln sollen in China und in Deutschland identisch sein. Wenn ein chinesisches Unternehmen sich in die Hamburger Hafen AG einkaufen kann, dann muss dies einem deutschen Logistiker in Shanghai auch möglich sein. Die Politik soll für faire Handelsbeziehungen, für ein ›Level Playing Field‹ sorgen.

Die Ampelregierung muss die Unternehmer beim Wort nehmen – gleiche Bedingungen hier wie dort. Wenn Zwangsarbeit mit »unseren Werten« völlig unvereinbar ist, dann muss dies auch in den chinesischen Fabriken gelten. Die freie Wahl des Arbeitsplatzes ist ein Bürgerrecht. Wenn der chinesische Staat dieses Recht nicht garantiert, dann muss es die Europäische Union garantieren. Das anstehende europäische Lieferkettengesetz verbietet Zwangsarbeit. Es geht über das bescheidene, ab 2023 geltende, vom alten Wirtschaftsminister zurechtgestutzte deutsche Gesetz hinaus. Denn es soll Rechtswirkung auch für kleinere Betriebe und damit für mehr Beschäftigte entfalten. Dieses Lieferkettengesetz gilt es nun gegen den Widerstand der Unternehmer und ihr Motto *Halt die Gosch* durchzusetzen.

** Peter Kern ist Leiter einer Schreibwerkstatt, war lange Jahre politischer Sekretär beim Vorstand der IG Metall und davor Redaktionssekretär des Sozialistischen Büros.*

»links« lebt!
Politische Diskussionen und Interventionen in der Online-Zeitung www.links-netz.de
links netz

Kampf zweier Linien

BASF: Abbau hier, Expansion dort – von Fritz Hofmann*

Zeitgleich mit der Verkündung der Quartalszahlen für das dritte Quartal 2022 hat die Konzernspitze der BASF ein Einsparungs- und Stellenabbau-Programm angekündigt. Dieses soll besonders in Europa und Deutschland durchgezogen werden. 500 Millionen Euro sollen an den europäischen Standorten jährlich ab 2024 eingespart werden. Besonders betroffen wird das Werk in Ludwigshafen sein. Man rechnet nicht mit Kündigungen, aber mit allen anderen Formen des Personalabbaus.

Hintergrund sind schwächere Erträge aufgrund steigender Energie- und Rohstoffkosten. Außerdem ist BASF indirekt an Wintershall-DEA beteiligt, die wiederum stark am Gasgeschäft mit Russland beteiligt war. Im Zusammenhang mit den Nordstream-Pipelines hat man nun erhöhte Abschreibungen vornehmen müssen. Konzernchef Brudermüller bezeichnet den Quartalsabschluss dennoch als »solid«.

Das genannte Kostenabbau-Programm in Europa steht Beschlüssen zu neuen gigantischen Investitionen in China gegenüber. Sie werden vom Vorstandsvorsitzenden Brudermüller vorangetrieben. Er holte sich im Sommer die Zustimmung des Vorstands zu einer Investition im Umfang von insgesamt zehn Milliarden Euro. Damit soll bis 2030 ein neuer Großstandort für technische Kunststoffe in Zhanjiang in der Provinz Guangdong ausgebaut werden. Er wird allein von BASF betrieben werden. Zhanjiang wird dann der drittgrößte Verbundstandort der BASF weltweit. Ein großer petrochemischer Verbundstandort in Nanjing läuft bereits. Er wird als Joint-Venture mit dem chinesischen Erdgas- und Mineralölunternehmen Sinopec betrieben.

Dieses neue Projekt stößt auf heftige öffentliche Kritik. So warnt der IG BCE-Vorsitzende und BASF-Aufsichtsrat Michael Vassiliadis davor, alles auf die asiatische Karte zu setzen und die »geopolitischen Risiken« zu unterschätzen. Stetiges Wachstum sei kein Naturgesetz. Die europäischen Standorte dürften nicht zugunsten Chinas dauerhaft geschwächt werden.

Bekannt wurde auch, dass der Vorstand nicht einheitlich hinter der China-Investition steht. Vorständin Saori Dubourg hat sich zur Opponentin entwickelt, hinter der sich andere Kritiker:innen versammeln.

Der Kampf zweier Linien über den weiteren Fortgang kapitalistischer Globalisierung ist entbrannt. Aber für Warnungen vor allzu großer Abhängigkeit von China ist es schon fast zu spät. China ist wichtigster Handelspartner Deutschlands. 5.000 deutsche Unternehmen sind in China tätig. 1,1 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland sind vom China-Geschäft abhängig. Der Autor Jürgen Matthes vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) schreibt als Fazit einer Studie: »Der chinesische Absatzmarkt und die dort kurzfristig winkenden Gewinne sind schlichtweg zu attraktiv, um eine Abkehr zu erwägen« (vgl. auch *FR*, 3.11.2022).[1]

** Fritz Hofmann ist heute Rentner und war früher Arbeiter und Betriebsrat der BASF.*

Anmerkung:

1 *Jürgen Matthes, 2022, China-Abhängigkeiten der deutschen Wirtschaft: Mit Volldampf in die falsche Richtung, IW-Kurzbericht, Nr. 68, Köln, online unter https://www.iwkoeln.de/.*

Rückkehr zum »normalen Kapitalismus« oder anhaltender Aufstand der Rechten?

Jörg Nowak* zu den Präsidentschaftswahlen in Brasilien

Nach einem harten Wahlkampf hat der Mitte-Kandidat Lula die Präsidentschaftswahlen in Brasilien am 30. Oktober 2022 in der zweiten Runde mit 50,9 Prozent der Stimmen oder 2,1 Millionen Stimmen mehr als sein rechtsextremer Gegenkandidat Jair Bolsonaro gewonnen. Dies war das knappste Ergebnis einer Präsidentschaftswahl seit 1989. Lula versprach seinen Wähler:innen in einer Rede auf der überfüllten Avenida Paulista im Zentrum von São Paulo, wo sich Zehntausende versammelt hatten, um den Wahlsieg zu feiern, eine Rückkehr zu Demokratie und Normalität. Bolsonaro schwieg bis zwei Tage nach der Wahl und gab nur eine sehr kurze Erklärung ab, in der er klarstellte, dass er das Wahlergebnis nicht anfechten würde.

Lula hatte in der ersten Runde 48 Prozent der Stimmen gegen 43 Prozent von Bolsonaro erhalten. Erstaunlich war, dass Lula im ersten Wahlgang 6,2 Millionen Stimmen mehr als Bolsonaro erhalten hatte, im zweiten Wahlgang aber nur knapp gewann. 9,8 Millionen Wähler:innen gaben ihre Stimmen in der ersten Runde anderen Kandidat:innen als Lula oder Bolsonaro, und die meisten dieser Stimmen gingen in der zweiten Runde an Bolsonaro: Lula erhielt im ersten Wahlgang 57,2 Millionen Stimmen, im zweiten Wahlgang 60,3 Millionen, er konnte also 3,1 Millionen zusätzliche Stimmen mobilisieren. Bolsonaro erhielt 51 Millionen Stimmen im ersten und 58,2 Millionen Stimmen im zweiten Wahlgang, was eine zusätzliche Mobilisierung von 7,2 Millionen Stimmen bedeutet, d.h. mehr als zwei Drittel der Stimmen, die im ersten Wahlgang an dritte Kandidat:innen gegangen waren. Mit diesem Ergebnis erhielt Bolsonaro etwa 400.000 Stimmen mehr als 2018, als er die Wahlen mit mehr als 10 Millionen Stimmen Vorsprung vor seinem Konkurrenten Fernando Haddad gewann. Im Jahr 2022 war die Wahlenthaltung im zweiten Wahlgang etwas geringer als im ersten Wahlgang, was die Gesamtzahl der Stimmen um weitere 500.000 erhöhte.

Der Wahlkampf und die Koalition

Der Wahlkampf wurde mit Zähnen und Klauen geführt, und vor allem die Fake News-Maschinerie des Bolsonaro-Clans lief auf Hochtouren. Obwohl das Wahlgericht fast täglich ›sozialen‹ und anderen Medien anordnete, Inhalte zu entfernen, tauchten neue Fake News schneller auf, als alte gelöscht und verboten wurden. Die Anordnungen des Wahlgerichts betrafen auch einige Wahlkampfmaterialien der Koalition um Lula, die vom Gericht als beleidigend oder sachlich falsch eingestuft wurden.

Bolsonaro versuchte bis zum letzten Moment, den gesamten Staatsapparat einzusetzen, um die Wähler:innen davon abzuhalten, von ihrem Recht Gebrauch zu machen: Die Straßenpolizei, die unter starkem Einfluss von Anhänger:innen Bolsonaros steht, hielt am Wahltag mehr als 600 öffentliche Busse an, die Wähler:innen zu den Wahlkabinen transportierten, vor allem in Regionen, in denen Lula in der ersten Runde gut abgeschnitten hatte. Das Wahlgericht hatte die Vorbereitungen für dieses Manöver bereits einen Tag vorher entdeckt und alle Inspektionen der Straßenpolizei am Wahltag verboten, dennoch errichtete die Straßenpolizei Straßensperren und bedrohte die Wähler:innen mit schweren Waffen.

Ein weiteres unrühmliches Ereignis waren die mehr als 1.000 Fälle, in denen Arbeitgeber versuchten, die Stimmabgabe von Arbeiter:innen zu beeinflussen. Nur zwei Tage vor der Wahl hielt einer von Bolsonaros Söhnen eine Wahlrede in einem Schlachthof – all diese Aktionen von Arbeitgebern, Veranstaltungen zu den Wahlen abzuhalten, Vorteile für Arbeiter:innen zu versprechen, die für Bolsonaro stimmen, oder Arbeiter:innen mit Schließung von Betrieben, Entlassungen oder anderen negativen Konsequenzen zu drohen, wenn sie für Lula stimmen, sind nach brasilianischem Recht illegal. Diese Art von Vorfällen ist nicht neu, aber das Ausmaß ist beispiellos. Die Hälfte der Bemühungen

der Arbeitgeber, die Wahl zu beeinflussen, fand im Bundesstaat Minas Gerais statt, der von den beiden Kandidaten stark umkämpft war, und es ist offensichtlich, dass es sich um eine organisierte Kampagne handelte.

Mehrere Missgeschicke haben sich in der letzten Woche vor der Wahl negativ auf die Kampagne von Bolsonaro ausgewirkt: Eine Woche vor der Wahl griff ein Verbündeter Bolsonaros, der altgediente Politiker Roberto Jefferson, Polizeibeamte an, feuerte 50 Kugeln auf ihr Auto ab und verletzte zwei Polizist:innen mit drei Granaten. Er stand unter Hausarrest, weil er an antidemokratischen Aktivitäten wie Drohungen gegen Richter:innen beteiligt war, und hatte in verschiedener Weise gegen die Bedingungen seines Hausarrests verstoßen, z.B. indem er in den sozialen Medien oberste Richter:innen beleidigte und in seinem Haus Treffen mit Politiker:innen abhielt. Als die Polizei kam, um ihn zurück in das Gefängnis zu bringen, das er im Januar 2022 aus gesundheitlichen Gründen verlassen hatte, setzte er sie unter Beschuss. Die Polizei fand mehr als 7.000 Kugeln in seinem Haus. Bolsonaro war damit beschäftigt, sich von Jefferson zu distanzieren, aber die Wirkung in den Medien war nicht günstig. Bolsonaro selbst hatte vor einigen Monaten gegenüber den Medien erklärt, er werde eine Waffe abfeuern, falls er verhaftet werde.

Zwei Tage später versuchte Bolsonaro, die Aufmerksamkeit von der Jefferson-Affäre abzulenken, indem er behauptete, dass 16 Radiosender im Nordosten des Landes keine von seinem Team produzierten Wahlkampfjingles gesendet hätten. Die von Bolsonaro vorgelegten Unterlagen zu diesem Fall waren unzureichend, da sie nur Daten über Online-Streaming enthielten, die nicht unter die Rechtsvorschriften über Wahlpropaganda fallen. Bolsonaro behauptete, dass die Wahl verschoben werden müsse und er ein Treffen mit den Armeekommandeuren einberufen werde. Es scheint, dass die Armeekommandeure den Fall nicht sehr ernst genommen haben: Der Kommunikationschef von Bolsonaros Wahlkampfteam entschuldigte sich drei Tage später bei den Medien und gab zu, dass die von Bolsonaro vorgebrachten Argumente stark übertrieben waren.

Schlimmer noch: Am Tag vor der Wahl bedrohte eine Abgeordnete von Bolsonaros Partei, Carla Zambelli, im Zentrum von São Paulo nach einem politischen Streit auf der Straße einen Schwarzen mit einer Pistole. Sie hatte behauptet, von einer Gruppe von Lula-Anhänger:innen physisch angegriffen worden zu sein, aber Smartphone-Videos über den Vorfall zeigten, dass es keinen solchen körperlichen Angriff auf sie gab, sondern nur eine verbale Auseinandersetzung. Einer ihrer Sicherheitsleute feuerte allerdings während des Vorfalls eine Kugel ab, die glücklicherweise jedoch niemanden traf. Zambelli wird wegen ungerechtfertigten Waffengebrauchs angeklagt.

Die Lula-Kampagne konnte auf eine breite Palette von Verbündeten zählen, die verschiedene Wähler:innen-Gruppen ansprachen, angefangen beim Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten Geraldo Alckmin, einem Gründungsmitglied der rechtsliberalen PSDB, der Sozialdemokratischen Partei Brasiliens. Simone Tebet, die im ersten Wahlgang auf dem dritten Platz landete, wurde im zweiten Wahlgang unerwartet zu einer aktiven und lautstarken Teilnehmerin an der Seite von Lula. Sie hat einen ähnlichen Hintergrund wie Alckmin, kandidierte für die klientelistische rechte MDB, die Demokratische Bewegung Brasiliens, und stammt aus einer Familie von Großgrundbesitzern. Sie griff insbesondere die frauenfeindlichen Angriffe Bolsonaros an. Marina Silva, ehemalige Umweltministerin unter Lula, die sich seinerzeit mit Lula überworfen hatte, weil er der industriellen Entwicklung Vorrang vor Umweltbelangen einräumte, beteiligte sich ebenfalls sehr aktiv an der Kampagne. Ein weiterer Joker im Wahlkampf war André Janones, wie Marina Silva ein ehemaliges Mitglied der Arbeiterpartei PT. Er kandidierte für die kleine Partei Avante für das Amt des Präsidenten, schied aber vorzeitig aus dem Rennen aus und wurde zu einem Social-Media-Berater und Influencer mit eigenem Stil. Mit diesem facettenreichen Ansatz hat die Kampagne um Lula in gewisser Weise die Ansätze von Bolsonaros Team in den sozialen Medien übernommen: Bolsonaro präsentiert den verschiedenen Wähler:innen-Gruppen eine andere Botschaft und passt seinen Stil und seine Rhetorik entsprechend an. Die Lula-Kampagne verfolgte einen ähnlichen Ansatz, arbeitete aber eher mit anderen Persönlichkeiten als Teil des Lula-Teams.

Detaillierte Ergebnisse

Die Gouverneurswahlen gingen in zwölf Bundesstaaten ebenfalls in die zweite Runde: Von diesen gewannen die Verbündeten von Bolsonaro die meisten Bundesstaaten, nämlich fünf. Der Bundesstaat São Paulo, der noch nie von einem linken Kandidaten gewonnen worden war, wechselte von einem Gouverneur der rechten Mitte zu einem der extremen Rechten: Tarcisio de Freitas, der in der Regierung Bolsonaro als Minister für Infrastruktur diente, allerdings weniger als ideologischer Hardliner, sondern eher als Pragmatiker gilt. Neben dem Bundesstaat São Paulo gingen auch die Bundesstaaten Santa Catarina, Amazonas, Mato Grosso do Sul und Rondonia an Kandidaten, die mit Bolsonaro verbündet sind. In den beiden letztgenannten Bundesstaaten waren beide Kandidaten in der zweiten Runde mit Bolsonaro verbündet.

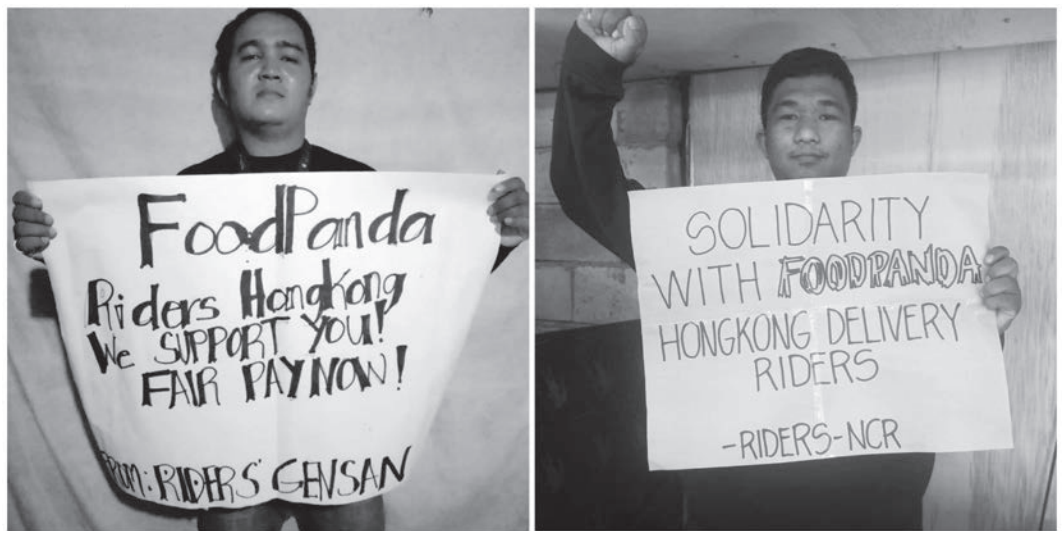
Die Mitte-Rechts-Parteien gewannen vier Bundesstaaten: Rio Grande do Sul, Alagoas, Pernambuco und Sergipe. Hier war der Erfolg von Eduardo Leite von der PDSB in Rio Grande do Sul eine Überraschung, da er in der ersten Runde den zweiten Platz gegen Onyx Lorenzoni belegte, der in der Regierung Bolsonaro verschiedene Ämter bekleidete und Eduardo Leite während des Wahlkampfs systematisch mit homophoben Beleidigungen angriff. Neben Tebet ist Leite einer der wenigen Hoffnungsträger für die Neugründung der rechten Mitte, die seit 2018 durch Bolsonaros Dominanz im rechten Spektrum fast ausgelöscht wurde. Die Linke gewann in der zweiten Runde drei Bundesstaaten: das Industriezentrum Espirito Santo und die nordöstlichen Bundesstaaten Paraiba und Bahia – Bahia ist der viertgrößte brasilianische Bundesstaat, gemessen an der Einwohnerzahl.

Zusammen mit der ersten Wahlrunde werden von den 27 Bundesstaaten Brasiliens ab 2023 13 von Bolsonaros Verbündeten regiert, sieben von der rechten Mitte und sieben von der Linken. Man muss hinzufügen, dass die Grenzen zwischen Mitte-Rechts und Bolsonarismo durchlässig sind und dass man in den kommenden Monaten einige Bewegungen zwischen diesen Strömungen erwarten kann – wahrscheinlich werden einige Gouverneure eher zu Mitte-Rechts wechseln, da Bolsonaro die Präsidentschaftswahlen verloren hat. Aber die Ergebnisse zeigen, abgesehen von dem knappen Ausgang der Präsidentschaftswahlen, dass die mit dem Bolsonarismo verbundenen Ideen weiterhin Zugkraft haben werden. Entscheidend ist, dass in den drei bevölkerungsreichsten Bundesstaaten São Paulo, Rio de Janeiro und Minas Gerais Kandidaten regieren werden, die Bolsonaro nahestehen.

Einige wichtige Erkenntnisse über die Wähler:innen-Präferenzen lassen sich auch aus einer der letzten Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Datafolha gewinnen, die einen Tag vor den Wahlen veröffentlicht wurde und einen Sieg Lulas mit 52 Prozent der Stimmen vorhersagte: Die einzigen Einkommensgruppen, in denen Lula laut dieser Befragung eine Mehrheit hat, sind die ärmsten Bevölkerungsschichten, die bis zu zwei Mindestlöhne, also etwa 400 US-Dollar, verdienen. In allen anderen Einkom-

mensgruppen lag Bolsonaro vorn.

Interessant ist auch, in welchen Bundesstaaten Lula besser abschnitt als Fernando Haddad, der 2018 gegen Bolsonaro antrat: Obwohl die bevölkerungsreichen Bundesstaaten São Paulo und Rio de Janeiro im Präsidentschaftsrennen von Bolsonaro gewonnen wurden, konnte Lula in diesen Bundesstaaten im Vergleich zu 2018 am meisten Stimmen hinzugewinnen: 12,7 Prozent im Bundesstaat São Paulo und 11,4 Prozent in Rio de Janeiro. Auch andere Bundesstaaten, in denen Lula im Vergleich zu 2018 am meisten zulegen konnte, waren zuvor Bolsonaro-Hochburgen wie Minas Gerais, Mato Grosso do Sul, Paraná, Goias, Santa Catarina und Rio Grande de Sul − in all diesen Bundesstaaten schnitt Lula zwischen sechs und acht Prozentpunkten besser ab als Haddad im Jahr 2018. Im Nordosten, der Hochburg Lulas im ersten und zweiten Wahlgang 2022, waren die Ergebnisse ganz ähnlich wie die von Haddad 2022. Während also in den Medien oft behauptet wird, der Nordosten sei der Schlüssel zum Wahlsieg gewesen, war es die Mobilisierung zusätzlicher Wähler im Südosten Brasiliens, die den Sieg Lulas 2022 sicherte. Lula gewann die Wahl sowohl in der Stadt São Paulo als auch in der Metropolregion São Paulo, nicht aber in den Regionen außerhalb der Zentralregion des bevölkerungsreichsten Bundesstaates, die fast ausschließlich von Bolsonaro gewonnen wurden.



Perspektiven und Herausforderungen

Für die Perspektive der dritten Lula-Präsidentschaft gibt es zwei zentrale Fragen: Wird es einen anhaltenden Aufstand der Rechten gegen die Regierung Lula geben, und wie groß wird der Spielraum für progressive Politik angesichts einer konservativen Zusammensetzung von Parlament und Senat sein? Die meisten Gouverneure, die Bolsonaro nahestehen, haben bereits signalisiert, dass sie bereit sind, mit der Bundesregierung unter Lula zusammenzuarbeiten. Am Wahlabend begann eine bunt zusammengewürfelte Truppe von Bolsonaro-Anhänger:innen, Straßensperren zu errichten, ein Eingreifen des Militärs zu fordern und das Wahlergebnis infrage zu stellen. Die Verkehrspolizei, die am Wahltag sehr effektiv Straßensperren errichtete, reagierte nur langsam und unterstützte zeitweise die Straßensperren der Bolsonaro-Anhänger:innen. Die Bewegung erreichte ihren Höhepunkt am Dienstag, dem 1. November mit 271 Straßensperren, von denen 167 am Morgen des 2. Novembers noch aktiv waren. Viele Gouverneure, die mit Bolsonaro verbündet sind, wie Claudio Castro in Rio de Janeiro, setzten die Militärpolizei ein, um Straßensperren zu beseitigen. In sieben Bundesstaaten fehlten am Nachmittag des 1. November in den Supermärkten 70 Prozent der Vorräte und in vielen Regionen gab es kein Benzin. Ironischerweise sind von den Straßensperren vor allem die Bolsonaro-Wähler:innen betroffen, da sie in den Regionen am stärksten sind, in denen Bolsonaro viele Stimmen erhalten hat, wie in den Bundesstaaten Mato Grosso und Santa Catarina. Außerdem waren die Agrarindustrie und Schlachthöfe, die mit verderblichen Waren handeln, als erste betroffen. Nicht umsonst hat die parlamentarische Gruppe, die die Agrarindustrie vertritt, die Blockaden schnell verurteilt. In einigen Fällen räumten organisierte Fußballfans, Menschen aus Armenvierteln und Werft-Arbeiter Straßenblockaden der rechten Aufständischen. Abgesehen von einigen Bolsonaro nahestehenden Radikalen hatten die Bewegungen keine Unterstützung in der Öffentlichkeit. Bolsonaro selbst bezog sich in seiner Mini-Rede am 1. November positiv auf die Proteste, sagte aber, dass die rechten Proteste nicht die Methoden der Linken wie das Eindringen in Privateigentum und Straßensperren nachahmen sollten, und pochte auf das Recht auf Freizügigkeit – etwas, was Bolsonaro während der Pandemie immer gegen Abriegelungen und Bewegungseinschränkungen verteidigt hat. Am Abend des 2. November rief er noch einmal deutlich dazu auf, die Straßenblockaden zu beenden.

Die Linke ist besorgt, dass solche militanten Bewegungen von rechts weiterhin Druck auf die Regierung Lula ausüben werden. Ob solche Bewegungen jedoch fortbestehen können, hängt stark davon ab, ob die extreme Rechte in der Lage sein wird, authentische Führer zu halten. Bolsonaro selbst scheint mehr daran interessiert zu sein, nicht ins Gefängnis zu kommen, da er sich am 1. November dringend mit den Richtern des Obersten Gerichtshofs treffen wollte. Wahrscheinlich will er über die 36 Gerichtsverfahren gegen ihn verhandeln, die nach seinem Rücktritt als Präsident weiterlaufen werden. Es wird allgemein angenommen, dass er anbietet, nicht für eine aufständische Bewegung gegen den designierten Präsidenten Lula zu agitieren, um im Gegenzug von einer Gefängnisstrafe verschont zu bleiben. Es ist unwahrscheinlich, dass der Oberste Gerichtshof einem solchen Handel zustimmen wird, aber es zeigt, dass seine Zukunft als politischer Führer nicht die erste Priorität für Bolsonaro sein könnte.

Eine größere Herausforderung für Lula wird die Opposition im Kongress und im Senat sein: Die Interessen der Agrarindustrie und der evangelikalen Kirchen sowie die organisierten Interessen des Kapitals im Allgemeinen könnten Gesetzesinitiativen blockieren, die der Masse der Bevölkerung zu Gute kommen. Es gibt unzählige Bereiche, in denen die Regierung dringend handeln muss. Zu den dringendsten Handlungsfeldern gehören der weitverbreitete Hunger und der Ausbau der Abfallentsorgung, der sanitären Einrichtungen und des Zugangs zu sauberem Wasser. Nur die Hälfte aller Brasilianer:innen ist an ein Abwassersystem angeschlossen, was zu massiven Umweltproblemen und zu zahlreichen Gesundheitsproblemen bei der ärmeren Bevölkerung führt. Weiterer Handlungsbedarf besteht bei den öffentlichen Verkehrsmitteln sowie den Gesundheits- und Bildungssystemen, die unterfinanziert und schlecht organisiert sind. Es wird schwer sein, die Eliten davon zu überzeugen, finanzielle Mittel in Bereiche zu lenken, die der armen Mehrheit zu Gute kommen. Die selektive Verteilung von Ressourcen ist in Brasilien auch ein Mittel, um politische Herrschaftsverhältnisse zu reproduzieren.

Initiativen zur Eindämmung des illegalen Goldabbaus und der Entwaldung werden den Eliten ebenfalls finanzielle Mittel entziehen, und die Umweltschutzbehörden, die unter der Regierung Bolsonaro abgebaut und unterfinanziert wurden, müssen von Grund auf neu aufgebaut werden. Lula hat angekündigt, ein Ministerium für die indigene Bevölkerung einzurichten, das auch neue Ressourcen für den Schutz der Gebiete traditioneller Gemeinschaften und Völker bereitstellen wird.

Eine weitere große Herausforderung wird das Arbeitsrecht sein: Die Reform der Regierung Temer im Jahr 2017 führte zu massiven Lohnkürzungen und einem Anstieg der informellen Beschäftigung. Lula versprach ein neues Arbeitsgesetzbuch, das das traditionelle CLT (Consolidação das Leis do Trabalho) ersetzen soll, das auf die korporatistischen Bemühungen von Getulio Vargas im Jahr 1945 zurückgeht. Das CLT ist in vielerlei Hinsicht unflexibel und behindert die Integration vieler Arbeiter:innen in das formelle System. Andererseits wird es ein enormer Arbeitsaufwand sein, ein völlig neues Gesetzeswerk zu schaffen, das das alte Arbeitsgesetzbuch ersetzen könnte. Das Mindeste, was man erwarten kann, ist eine gesetzliche Regelung der App-basierten Arbeit.

In all diesen Politikbereichen wird die Regierung Lula mit dem Kongress und dem Senat verhandeln müssen, und im Senat gibt es eine recht hohe Zahl von Bolsonaro-Hardlinern, die versuchen werden, jegliche Gesetzesinitiativen zu blockieren. Eine wesentliche Frage ist, inwieweit es der Regierung Lula gelingen wird, Teile der Bourgeoisie davon zu überzeugen, Initiativen zu unterstützen, die sowohl ihren Unternehmen als auch dem Großteil der Bevölkerung zu Gute kommen. Vieles wird nicht nur von wirtschaftlichen Interessen abhängen, sondern auch von der politischen Konjunktur und davon, inwieweit die Rechte in der Lage sein wird, sich als ernstzunehmende politische Alternative zu präsentieren.

Die geopolitische Ebene könnte ein Bereich sein, in dem die Regierung Lula mehr Handlungsspielraum hat, und es ist zu erwarten, dass die mehr oder weniger tote Initiative des BRICS-Blocks wiederbelebt wird – ein Vorhaben, das allerdings durch Russlands aktiven Krieg mit der Ukraine behindert wird. Lula hat signalisiert, dass er Initiativen zur Beendigung des Krieges ergreifen will. Weitere Schwierigkeiten für den BRICS-Block sind die autoritäre Wende in China und die rechtsextreme Präsidentschaft von Modi in Indien, die in ihrer zweiten Amtszeit wesentlich repressiver geworden ist. Lula wird auf jeden Fall einen dritten Block jenseits von NATO und Russland fördern. Ein fruchtbareres Terrain für diese geopolitischen Ambitionen findet sich in Lateinamerika, wo zahlreiche linke Regierungen in Chile, Kolumbien, Argentinien, Mexiko, Bolivien, Venezuela und Kuba Partner der Regierung Lula sein werden. Der argentinische Präsident Fernandez besuchte Brasilien einen Tag nach der Wahl. Die Außenpolitik war einer der Schwerpunkte der Lula-Regierungen und es ist zu erwarten, dass dies auch in der neuen Amtszeit der Fall sein wird. Auch die ins Stocken geratenen Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen dem Mercosur und der EU werden wieder aufgenommen werden, und Lula hat deutlich gemacht, dass er den Vertrag neu verhandeln und dabei den Schwerpunkt stärker auf die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen aus Brasilien in die EU legen möchte.

** Jörg Nowak ist Professor an der Universität Brasilia, Brasilien.*

PROKLA
ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SOZIALWISSENSCHAFT
Seit 1971
Einzelheft: ca. 176 S., € 15,–
Jetzt auch im Digital- und Sozial-Abo* ab 29,- Euro im Jahr * und im Förder-Abo!
Schwerpunktthemen
- Nr. 203: Die USA vor, mit und nach Trump (2/2021)
- Nr. 204: Vergessenes Land? (3/2021)
- Nr. 205: Gesundheit mit System (4/2021)
- Nr. 206: Corona und die Folgen (1/2022)
- Nr. 207: Gesellschaftskritik und sozialistische Strategie (2/2022)
- Nr. 208: StaatsKapitalismus (3/2022)
- **Nr. 209: Die Linke zwischen Krise und Bewegung (4/2022)**

Probeheft anfordern!
Bertz + Fischer | prokla@bertz-fischer.de | www.bertz-fischer.de/prokla

graswurzel revolution
GWR 474 – Dezember 2022

Bild: justice4mauhamed.org
(staatlicher) Rassismus
Probeexemplar kostenlos:
www.graswurzel.net

Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung
Vierteljahreszeitschrift 33. JG
Nr. 132, Dez. 2022, 224 Seiten
Lohnabhängigenbewusstsein – Solidarität und Konkurrenz in der Krise
Pein – ***Konjunkturen des (Klassen-)Bewusstseins*** / Detje / Sauer – ***Arbeitssolidarität*** / Hassan-Beik – ***Klasse, Bewegung und Krise*** / Beck – ***Differenz und Gemeinsamkeit*** / Bayraktar– ***Literatur und Klassenbewusstsein***
Soziale Bewegungen
Liegl / Kilroy – ***Arbeitskonflikte im ersten Halbjahr 2022*** / Genschel u.a. – ***Sozialproteste Herbst 2022***
Politische Trends
Boris – ***„Rechazo" in Chile*** / Azzarà – ***Italien weiter nach rechts*** / Schmidt – ***LINKE im Sinkflug?***
Marx-Engels-Forschung:
Rüdiger / Galander – ***Aufbauplan von Karl Marx (II)*** / Heinrich – ***Replik***
Und: Leisewitz – ***Sozialstruktur der BRD 1996-2019 (IV)*** / Czeskleba-Dupont – ***Preußischer Militarismus – US-amerikanische Gewaltherrschaft*** / Abmayr – Demokratische Grundrechte
Sowie: Kommentare; Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen
Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406
www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail:redaktion@zme-net.de

Homebase: die globale Gig-Ökonomie

Über das Entstehen grenzüberschreitender Solidarität unter Riders – von Karsten Weber*

Die Unruhe bei den Essenslieferdiensten in China und der Arbeitskampf der Riders von Foodpanda, einem zum Berliner Unternehmen Delivery Hero gehörenden Lieferdienst in Hongkong, gehören zu den am häufigsten auftauchenden Themen im Blog des »Forums Arbeitswelten«, das sich für die Vernetzung und den Austausch zwischen Beschäftigten in China und Deutschland einsetzt. Karsten Weber bietet im Folgenden einen Rückblick auf die bisherigen Entwicklungen, bei denen das Forum Arbeitswelten nicht nur nah dran war, sondern auch einen aktiven Part in der grenzüberschreitenden Vernetzung der Fahrer:innen übernommen hat.

Im Februar 2021 war der Kurierfahrer Chen Guojiang (Spitzname »Mengzhu«, in etwa: Anführer der Riderallianz) in Beijing verhaftet worden – er hatte diverse Chatgruppen initiiert, in denen sich Kurierfahrer.innen über ihre Arbeitsbedingungen, Bezahlung, Rassismus u.ä, austauschten – insgesamt 14.000 Kontakte zählten diese Foren. Nachdem Mengzhu verschwunden war, erhielt die Familie entgegen chinesischem Recht keine Mitteilung über seinen Verbleib. Unter Mitarbeit des Forum Arbeitswelten entwickelte sich eine internationale Solidaritätskampagne mit einer beachtlichen Eigendynamik. Das Forum Arbeitswelten konnte dabei auch Kontakte zurückgreifen, die sich aus einem Riders-Treffen in Berlin ergeben hatten, und ist seitdem über verschiedene Riders-Telegramgruppen mit diesen vernetzt – dabei wird sowohl international als auch innerhalb Deutschlands auf Englisch kommuniziert, da die Mehrheit der Fahrer:innen migrantisch ist.

Eine in Deutschland lebende chinesische Aktivistin hatte ihre eigenen Netzwerke nach China und Hongkong. Im Fall »Mengzhu« gelang es so trotz erheblicher Repression seitens der Behörden und Abschottung, über diese Kontakte bis zur Familie Chen Guojiangs vorzudringen, Informationen einzuholen und Unterstützung zu organisieren.

Ab März 2021 ging die Soli-Kampagne mit der Kampagnenseite an den Start: https://deliveryworkers.github.io/, einschließlich einer internationalen Videokonferenz, eingerichtet von Ellen Friedman, langjährige Organizerin und Mitherausgeberin der Labour Notes in den USA.

Wir warfen unsere Kontakte zusammen und es gab eine bunt gemischte Teilnahme u.a. aus Deutschland, China, Hongkong, Russland, Pakistan, Brasilien, Taiwan sowie den USA mit einer tollen Diskussion. Uber-Fahrer aus den USA sprachen aus ihren Autos per Smartphone mit uns. Bei Uber haben sich Tausende organisiert, sie kämpfen um ihre Anerkennung als Gewerkschaft. Durch einen Kontakt zu einem Aktivsten in Brasilien ging es weiter nach Lateinamerika. Dort konnte man auf ein bestehendes Netzwerk der Fahrer:innen zurückgreifen, das seine Proteste selbst koordinierte. In der Solidaritätserklärung, die in Argentinien vor der Chinesischen Botschaft verlesen worden ist, heißt es: »Wir stehen vor den chinesischen Botschaften und Konsulaten in Argentinien, Ecuador, Brasilien, Mexiko und Paraguay, um eine internationalistische Aktion durchzuführen.«

Die Soli-Kampagne war beeindruckend. In Mexiko besuchte eine Delegation mit einer Solidaritätsbotschaft das chinesische Konsulat, das aus diesem Grund von mexikanischer Polizei abgeriegelt wurde. Sie verhinderte damit die Übergabe der Botschaft. In Kalifornien gab es einen Soli-Konvoi von Uber-Fahrer:innen zum chinesischen Konsulat. Die größte Aktion fand in Sao Paulo statt: eine Motorraddemo für Mengzhu.

In verschiedenen europäischen Medien (Großbritannien, Italien, Spanien und Frankreich) gab es Berichte. Eine österreichische Riders-Organisation machte ein Podcast-Interview zur Situation der Riders und insbesondere Mengzhus in China und über die Solidaritätsarbeit des Forum Arbeitswelten.

Für den Singles Day, den Online–Shopping-Day am 11. November 2021, versuchten wir eine weitere Soli-Kampagne zu starten, die in erster Linie eine Onlinekampagne mit Soli-Fotos aus aller Welt werden sollte. Sie zündete jedoch nicht so wie erhofft. Wir bekamen Fotos mit hochgehaltenen »Free Mengzhu«-Schildern aus Argentinien, Brasilien, Italien, UK, Spanien und Deutschland, aber weniger als erwartet. Mengzhu ist nach rund einem Jahr aus der Haft entlassen worden, ähnlich wie zuvor bereits der Leiharbeiter-Aktivist Fu Tianbo bei VW in Changchun. Mit einem Video wandte sich Mengzhu an die Öffentlichkeit, als er wieder frei war. Normalerweise ist in China eine solche Entlassung gekoppelt mit einer Erklärung, dass man sich in dem Bereich nicht mehr betätigen werde – das tat Mengzhu in seinem Video nicht. Ob die Kampagne zur Freilassung beigetragen hat, lässt sich nicht sagen, denn chinesische Behörden lassen sich nicht in die Karten blicken und begründen ihr Handeln nicht. Die Informationen, die es über die internationale Soli-Kampagne auch in den westlichen Staaten gab, verbreiteten sich aber durchaus in China und da auch unter den Kurierfahrern. Das macht Mut, auch wenn es von den Behörden nicht gern gesehen wird. Auch im Westen spürten die Rider die Möglichkeit von internationaler Solidarität, wie sie in der Arbeiterbewegung selten geworden ist.

In diesem Sinne erfreulich war auch die nächste Videokonferenz. Es ging um die Lehren aus dem Streik der Foodpanda-Kuriere in Hongkong, der kurz vorher stattgefunden hatte. Die Videokonferenz wurde von den Hongkonger:innen ausgerichtet. Rund 50 Leute aus der halben Welt – Dänemark, HongKong, China, Großbritannien, USA, Frankreich, Italien, Spanien, Russland, Litauen, Brasilien, Argentinien, Pakistan, Philippinen, Myanmar und Taiwan und auch Deutschland − waren dabei. Die Teilnehmer:innen zeigten ein enormes Interesse an den Streikerfahrungen aus Hongkong, doch viele wollten auch von eigenen Organisierungsversuchen und Kampferfahrungen erzählen.

Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Probleme in den Auseinandersetzungen überwunden werden könnten. So berichteten Kolleg:innen von Foodpanda, sie hätten Streikbrecher:innen nicht angegriffen, sondern mit ihnen geredet, ohne ihnen zu drohen. Man vermeide auf diese Weise Spaltungen unter den Fahrer:innen, die immer noch Kolleg:innen blieben. Stattdessen suchte man Unterstützung bei den Kund:innen. Man erzählte ihnen von den Arbeitsbedingungen bei Foodpanda und konnte mehrere hundert von ihnen zu einem Boykott dieses Unternehmens bewegen.

Auf die Frage, ob man sich in diesem Kampf nicht eine Gewerkschaft gewünscht hätte, erklärte ein Aktivist, er wisse nicht wofür. Unabhängige Gewerkschaften hatten sich im Herbst 2021 nach erheblichem Druck und Drohungen gegen Mitglieder durch die Hongkonger Regierung aufgelöst (Bodo Zeuner in: *Gegenblende*, Oktober 2021; *Anm. d. Red.*) Niemand kenne die Arbeit und die Probleme so gut wie sie selbst. Die Riders wüssten selbst, was sie wollten und wie man es einfordert. »Ich würde mich eingeschränkt fühlen. Ich konnte das Management angreifen und beleidigen. Ich weiß, wie weit man gehen kann. Im Rahmen einer Gewerkschaft hätte ich das nicht gedurft. Wir konnten für unsere Sache einstehen, und ich glaube nicht, dass eine Gewerkschaft uns diesen Kampf erleichtert hätte«, sagte ein Teilnehmer aus Hong Kong.

Myanmar nahm einen größeren Anteil in der Debatte ein. Die Riders dort berichteten, dass sie in der Folgewoche in den Streik treten wollten. Das passierte dann auch und war sehr beeindruckend.

Dabei gab es wechselseitige Soli-Aktionen: Griechische Riders protestierten auf einer Kundgebung für die Kolleg:innen in Myanmar, dortige Riders machten öffentliche Soli-Aktionen für den Ridersstreik in Athen.

Die Kämpfe der Kurierfahrer tauchen global zunehmend in der Berichterstattung der Medien auf. In Deutschland wurde das an der breiten Berichterstattung über die Proteste der Gorillas Riders in Berlin deutlich, aktuell finden sich zahlreiche Presseberichte insbesondere aus Frankreich, Italien, Großbritannien, Indien und den USA.

Besonders erwähnenswert ist die Tendenz zur Untersuchung der eigenen Situation und der Funktionsweise der Branche sowie zu einer überregionalen Vernetzung durch die Fahrer:innen selbst. Es gibt nicht nur unterschiedlich gefestigte Netzwerke in Lateinamerika, Europa und Ostasien, man versucht auch, den Austausch zwischen den Kontinenten zu verbessern.

Die Auflösung des Gewerkschaftsdachverbandes HKCTU (s. *express*, Nr. 9/2021) hat die Gewerkschaftsbewegung in Hongkong schwer getroffen, aber die Arbeitskämpfe werden nicht aufhören:

In Hongkong wurden sowohl der jüngste Foodpanda-Streik als auch der Deliveroo-Streik vor fast zwei Jahren von sog. ethnischen Minderheiten angeführt. Es scheint, dass sich nur wenige einheimische chinesische Arbeitnehmer:innen daran beteiligten. Doch während des Foodpanda-Streiks schlossen sich auch viele einheimische chinesische Arbeitnehmer der »No Pick-up«-Bewegung an: Einige treten offensiv in den Arbeitskampf und stehen mit Schildern und geballter Faust vor den Niederlassungen von Foodpanda. Andere betreiben verschiedene Formen der ARbeitsverweigerung. Sie schalten ihre Smartphone ab und sind nicht zu erreichen oder nehmen Aufträge an, ohne sie abzuholen – das ist mit »No Pick up« gemeint. Deshalb sah sich die Geschäftsführung von Foodpanda gezwungen, kurz nach Beginn des Streiks an den Verhandlungstisch zu kommen. In der Branche haben sowohl die sog. ethnischen Minderheiten als auch einheimische chinesische Beschäftigte ihre eigenen Anliegen, was aber nicht bedeutet, dass beide Lager nicht zusammenkommen könnten.

Der Foodpanda-Streik ist kein Einzelfall. Er ist vielmehr ein Teil einer internationalen Kampagne gegen die globale Plattformökonomie. Was die Verschiebung der ungleichen Machtverhältnisse angeht, folgt die globale Plattformökonomie dem selben Weg wie die globalen Lieferketten: Die Macht wird von den transnationalen Plattformunternehmen ausgeübt.

Es ist Bewegung in die Branche gekommen und es sieht so aus, als würden sich die Kämpfe der Riders grenzüberschreitend gegenseitig inspirieren. Die Zahl der Arbeitsniederlegungen hat zugenommen. Der Sektor kommt nicht zur Ruhe. Gerade gab es große Arbeitskämpfe auf den Philippinen und in Indien sowie eine Solidaritätskampagne für den entlassenen Riders-Aktivisten Rasmus in Dänemark. Arbeitskämpfe werden aber auch mit staatlicher Repression beantwortet. Union Busting-Methoden sind verbreitete Mittel gegen die Organisierung der Fahrer:innen.

Als nächstes plant das Forum Arbeitswelten eine Onlinekonferenz im Dezember 2022 zum Thema mit einem besonderen Fokus auf der Situation in Hongkong und Festlandchina (siehe Terminankündigung unter »Vermischte«, S. 6, *Anm. d. Red.*).

** Karsten Weber ist aktiv im Forum Arbeitswelten und betreibt dessen Blog. https://www.forumarbeitswelten.de/blog/*

Gewerkschaftliche Perspektiven, wissenschaftliche Expertisen

Zur sozial-ökologischen Transformation – von Stephan Krull*

Seit der UN-Klimakonferenz 1992 haben die CO_2-Emissionen stark zugenommen. Warum ist das so – trotz Klimakonferenzen und globaler Proteste? Und wie können wir die Katastrophe abbremsen?

Für die globale Klimabewegung ist klar, dass ein Systemwechsel dringender wird.[1] Wenn Kohle und Öl wegen ausgetrockneter Flüsse nicht mehr transportiert werden können, wenn Strompreise explodieren, weil die Kühlung der AKWs wegen zu wenig Wasser in französischen Flüssen unmöglich wird, ist das ein deutliches Zeichen der ökologischen, sozialen und ökonomischen Krise des Kapitalismus. Die Klimakatastrophe zeigt uns die Grenzen dieser Art zu wirtschaften. Wir sehen zugleich an der Renaissance von Atomstrom, der unterlassenen Energie- und Verkehrswende, der fehlenden Umverteilung des Reichtums, dass der groß- und kleinbürgerliche Widerstand gegen den Systemwechsel auf Hochtouren läuft.

Die Ursachen für die Klimakatastrophe werden oft nicht im kapitalistischen System gesehen, sondern diffus »denen da oben« inklusive fremdenfeindlicher Vorurteile und antisemitischer Begründungsansätze vorgeworfen. Jedoch ist die Aufmerksamkeit auf die wichtige Frage zu lenken: Woher kommt die Macht, die Dinge wirklich zu ändern? Dazu müssen wir beschreiben, wie die sozial-ökologische Transformation konkret aussehen könnte.

Gewerkschaften, Arbeitgeber und Staat

In den Gewerkschaften gibt es unterschiedliche Interessen und Haltungen zwischen exportorientierten Industriegewerkschaften und binnenmarktorientierten Dienstleistungsgewerkschaften. Es gibt die Strömungen der Arbeiter:innenbewegung, die Dominanz von Betriebsräten durch das Betriebsverfassungsgesetz, durch die Verbetrieblichung von Tarifpolitik, durch Differenzierung der Arbeits- und Entgeltbedingen zwischen den Branchen und innerhalb der Branchen. Dennoch müssen Gewerkschaften mit ihrem gesellschaftsverändernden Anspruch den Übergang von Wachstumszwang und Maximalprofit in ein sozial und ökologisch nachhaltiges Entwicklungsmodell forcieren.[2] Das kollidiert immer mit der Macht des Kapitals und häufig mit kurzfristigen Interessen der Mitglieder der Gewerkschaft.

Hans-Jürgen Urban aus der linken Gewerkschaftsströmung, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der IG Metall, sagt dazu u.a.: »Deswegen sollten sich die Gewerkschaften über die Wahrung von Beschäftigungs-, Einkommens- und Sozialinteressen ihrer Mitglieder hinaus an der Konzipierung, Legitimierung und Realisierung des neuen Entwicklungsmodells beteiligen. Das erfordert eine entsprechende Strategiebildung auf der Grundlage eines erweiterten politischen Mandats.«[3]

Es geht um den Widerspruch zwischen flüchtigen Gegenwartsinteressen und langfristigen Zukunftsinteressen der Menschen. Der Widerspruch spiegelt sich in Gewerkschaftsrollen in der Autoindustrie und der Energiewirtschaft, den Kernbereichen gewerkschaftlicher Organisation. In der Regierungskommission »Nationale Plattform Mobilität« und in der Kohle- und Gaskommission wird der Widerspruch sichtbar: für die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens *und* für den Erhalt möglichst aller Arbeitsplätze in der sich kapitalistisch wandelnden Industrie. Das scheint ein Grund für zurückhaltende Forderungen in der Tarifrunde, die dennoch auf erbitterten Widerstand der Arbeitgeber stoßen. Tarifverträge können die sozialen Verwerfungen nicht allein auflösen, dazu braucht es gewerkschaftliche Mobilisierung über Branchengrenzen hinweg. So ließe sich der rechten Mobilisierung von Wut, Hass und Ausgrenzung etwas Demokratisches und Internationalistisches entgegensetzen. Die Zusammenführung von Friedens-, Umwelt-, Klima- und Sozialbewegung ist eine Hürde, die noch zu nehmen ist. Das Bündnis von Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden sowie der evangelischen Kirche zur sozial-ökologischen Verkehrswende ist noch nicht praktisch geworden.[4]

Warum ist eine ähnliche Debatte vor gut 30 Jahren versandet? Im *Magazin für die Angestellten* (12/1990) der IG Metall wird über den Kongress mit dem Naturschutzring und das Programm »Auto, Umwelt und Verkehr – Umsteuern, bevor es zu spät ist« berichtet. Darin der damalige Vorsitzende Franz Steinkühler: »Die IG Metall hat nicht die 35-Stunden-Woche vereinbart, damit die Mitglieder 64 Stunden jährlich im Stau stehen. Die Schäden und Belastungen des Autoverkehrs für Mensch und Natur sind erheblich zu hoch.« Im Programm sind Vorschläge, die nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben: Tempolimit, Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen, Demokratie in der Wirtschaft.[5] Mit Ende der Systemkonkurrenz und der Eröffnung riesiger Märkte in Osteuropa, Indien und China, mit dem Erfolg des Neoliberalismus, mit der absoluten Marktorientierung geriet dieses Programm in Vergessenheit – offensichtlich war es nicht tief in der Mitgliedschaft verankert. Nun schlägt der DGB vor, dem Betriebsrat bei »Maßnahmen, die geeignet sind, dem Umwelt- und Klimaschutz zu dienen«, ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen.[6] Es bedarf vor allem der Ermächtigung der Beschäftigten selbst, um den Widerspruch zwischen Profitinteressen und sozialen und ökologischen Menschheitsinteressen zu lösen, um Druck aus den Betrieben aufzubauen, die Klimabewegung zu unterstützen und so die soziale und ökologische Verkehrswende zu schaffen. Ein positives Beispiel ist die Zusammenarbeit von Fridays for Future und ver.di zum Tarifvertrag Nahverkehr.[7]

Realistisch und nachvollziehbar muss beschrieben werden, wie die sozial-ökologische Transformation umgesetzt werden kann, wie gutes Leben und gute Arbeit aussehen können. Die Mahnwache auf dem Wolfsburger Acker gegen die dort geplante Fabrik für Luxusautos beantwortet nicht die Frage, was aus der alten Fabrik und den 18.000 Beschäftigten in der Produktion wird, wenn Verbrennerautos in einigen Jahren auslaufen. Der Staat könnte mit seinem Einfluss bei VW die Subvention für den Bau von Autos einstellen und eine Fertigung für Schienenfahrzeuge ausloben. Dafür können die 40 Jahre alten Hallen 53 bis 55 und ihre Umgebung demontiert und stattdessen Anlagen für den anderen Produktionszweck aufgebaut werden. Das kostet sicher nicht mehr als die für das VW-Projekt Trinity geplanten Milliarden Euro. Für die Beschäftigten wäre das eine gute Perspektive im Fahrzeugbau – unter ähnlichen Arbeits- und Tarifbedingungen wie gegenwärtig.

Im Gesprächskreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Zukunft von Auto, Umwelt und Mobilität[8] wurde die Idee entwickelt, das Verkehrswendebündnis durch regionale Transformationsräte unter Einbeziehung von Wissenschaftler:innen, Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen, Umwelt-, Sozial- und Verkehrsverbänden mit Leben zu erfüllen – als Ergänzung zu den regionalen Transformationsnetzwerken aus dem »Zukunftsfond Auto«, in denen Industrie, kommunale Vertretungen und Gewerkschaften die Transformation zu Elektroautos forcieren.[9]

Die Autoindustrie ist *die* exportstarke Schlüsselindustrie – mit ca. 800.000 Beschäftigten inklusive der Zulieferbetriebe, einem Umsatz von 500 Milliarden und einem Gewinn von 30 Milliarden Euro pro Jahr allein bei den »big three« (VW, Mercedes, BMW). Die Dominanz dieser Industrie ist historisch gewachsen, vorangetrieben durch die Nazis als Teil der Volksgemeinschaftsideologie (Autobahnbau, »Volkswagen«) und als nachholende Modernisierung. Der gegenwärtige Hype um Elektroantriebe ist »Greenwashing«. Mit der Produktion von immer größeren und leistungsstärkeren Oberklasse- und Luxusautos werden die Treibhausgasemissionen erhöht, die harte Konkurrenz einerseits und technische Kooperation andererseits (wie VW und Ford), der Verkauf von Opel an PSA sind Schritte in Richtung Oligopole: Suchbewegungen, um am Wachstums- und Profitmodell unter veränderten Bedingungen festzuhalten.

»Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet«, – so beschreibt Marx im Kommunistischen Manifest den Staat als »ideellen Gesamtkapitalisten«. Was bedeutet das in der Krise bei rapide sinkenden Absätzen, in der Klimakatastrophe? Die Entwicklung der Autoindustrie wird massiv politisch und finanziell vom Staat unterstützt und vorangetrieben. Man kann von einem Autostaat sprechen, wenn die direkten und indirekten Subventionen (ca. 30 Milliarden Euro pro Jahr) und die Regierungskommissionen betrachtet werden. Sichtbar wird der Autostaat an Wechseln von der Autoindustrie in die Politik und umgekehrt (Drehtüreffekt), an den Gesprächen während der Koalitionsverhandlungen von Christian Lindner mit dem VW-Boss Oliver Blume, an den Reaktionen der Polizei (Präventivhaft und 30 Tage Knast ohne Urteil) auf die Klimaaktivist:innen in München.[10]

Der Autostaat kümmert sich um die globale Sicherung knapper Ressourcen und deren Logistik.[11] Die Verteilungskämpfe um Ressourcen werden mit viel Geld und Gewalt ausgetragen. Im Zuge der weiteren Verknappung, die auch den Binnenmarkt betrifft (z.B. Energiemangel), ist die Verteilung offen: Wer bekommt was und wer entscheidet darüber auf welcher Grundlage? Das schreit nach gesellschaftlicher Verfügung und demokratischer Planung, es korrespondiert mit der Satzung der IG Metall, in deren Paragraf 2 es heißt: »Erringung und Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Betrieb und Unternehmen und im gesamtwirtschaftlichen Bereich durch Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten; Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum.«

Daraus ergeben sich erste Erkenntnisse, an denen weitergearbeitet werden muss:

- Ohne sozial-ökologische Transformation gibt es keine Arbeitsplatzsicherung und die Gewerkschaften – und damit die gesamte linke Bewegung – werden verlieren.
- Die Autokonzerne (VW, Daimler, BMW) erfüllen die Norm des Grundgesetzes nicht. Die Grundgesetzartikel 14 und 15 (Enteignung zum Zwecke der Vergesellschaftung) sind zur Anwendung zu bringen.
- Es bedarf umfangreicher politischer und gewerkschaftlicher Bildung, um diese Prozesse zu verstehen und aktiv zu begleiten.

Wissenschaftliche Expertise ist gefragt

Gewerkschaften, soziale Bewegungen und die Linke im weitesten Sinne brauchen solidarische Kritik und Anregungen von außen: Die sozial-ökologische Transformation und die Verkehrswende sind hochkomplexe Projekte, die geplant, vorbereitet und wissenschaftlich begleitet werden müssen. Autoindustrie, Bahn- und Busindustrie, Infrastrukturbau, unterschiedliche Zulieferer, unterschiedliche Eigentümer und Eigen-

tumsformen (privat, staatlich, Kommunen, Länder, Verkehrsverbünde) sowie Millionen Beschäftigte sind betroffen. Dringend nötig sind interdisziplinäre Kompetenzgruppen für regionale Struktur- und Industriepolitik, für die Beratung von und mit Transformationsräten.

DIE SINNE SCHÄRFEN. JETZT TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de
ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Einbürgerungstest
Wer in Deutschland eingebürgert werden will, muss normalerweise einen Einbürgerungstest machen. 33 Fragen zu Politik, Geschichte und Gesellschaft sind zu beantworten. Diese drei Broschüren informieren über Politik Geschichte und Gesellschaft und enthalten alle Fragen mit den vier Antwortmöglichkeiten zum Test. Damit können Kandidat:innen für die Einbürgerung üben – und Deutsche können kontrollieren, ob sie den Pass behalten dürfen.
Einbürgerungstest
Magazin Verlag, 2022, je 48 Seiten
jedes Heft 2 Euro, drei Hefte zus. 5 Euro
online bestellen: www.deutschland-und-die-welt.de

Technisch geht es um Umrüstung der Produktion und der Fabriken – weg von zwei Tonnen Stahl und monströser Elektronik auf vier Rädern zwecks Transport einer Person von A nach B – hin zu bedarfsorientiertem öffentlichem Personen- und Güterverkehr auf Schienen, Wasserwegen und Straßen. Kleine smarte Busse für ländliche Regionen, Streetscooter für die »letzte Meile«, Cargo-Bahnen für innerstädtische Transporte, massiver Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs und die Vernetzung all dessen. Dazu wird der Rat von Ingenieur:innen benötigt.

Ökologisch geht es um die Verantwortung als Industrieland. Unser Land ist für zwei Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich bei nur einem Prozent der Weltbevölkerung. Der Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell halbiert werden. Es geht um das Leben und Überleben von Millionen Menschen, um Gerechtigkeit, Gesundheit und Ernährungssicherheit. Neben Klima- und Agrarexpert:innen sind Techniker:innen, Stadt- und Landschaftsplaner:innen gefragt.

Ökonomisch geht es um die Finanzierung der Verkehrswende. Es geht um die Frage, wie unsere Wirtschaft nachhaltig funktioniert, ohne den Zwang Maximalprofite zu erwirtschaften und in wenigen Händen zu konzentrieren. Wir brauchen eine neue Ökonomie jenseits der neoliberalen Betriebs- und Volkswirtschaftslehre.

Ethisch geht es um die Frage, ob wir so leben, arbeiten, produzieren und konsumieren wollen. Sind gutes Leben in intakten Gemeinschaften und Zeitwohlstand für alle nicht erstrebenswerter als Arbeiten ohne Ende und Konsumzwang? Nicht nur Philosoph:innen sind zur Suche nach Antworten eingeladen.

Juristisch geht es um die Eigentums- und Verfügungsfrage. Die Eigentümer der Autokonzerne leugnen ihre Verantwortung für die Klimakatastrophe, verhöhnen die Klimabewegung und blockieren die Verkehrswende. Ist das nicht ein Fall für die Anwendung der Artikel 14/15 unseres Grundgesetzes? Müssen nicht zur Durchsetzung des Allgemeinwohls die Schlüsselindustrien zum Zwecke der Vergesellschaftung enteignet werden? Jurist:innen verschiedener Rechtsgebiete werden als Berater:innen benötigt.

Politisch geht es um das Primat der Politik gegenüber der Industrie. Es geht um die Rolle des Staates in dieser Transformation, um eine demokratische Industriepolitik: Wo öffentliche Gelder fließen, müssen Wirtschaftsdemokratie, gute Arbeit und öffentlicher Einfluss gesichert werden. Politiker:innen aller Ebenen und ihre wissenschaftlichen Berater:innen müssen ihre Möglichkeiten erweitern und die Transformationsräte unterstützen.

Sozial geht es schließlich und zusammenfassend um das Sozialstaatsgebot und die Verantwortung für künftige Generationen (Artikel 20 GG), um gute Arbeit und gutes Leben für alle. Es geht um die Zurückweisung der Zumutungen des radikalen Marktes. Dafür stehen Gewerkschaften, die dazu die Expertise von Wissenschaftler:innen und solidarische Kritik von Umwelt-, Klima- und Sozialbewegungen benötigen.

Die Bedarfe im öffentlichen Verkehr sind riesig. Es werden Straßenbahnen, Busse und Züge benötigt – weit mehr, als Kapazitäten vorhanden sind. So, wie Arbeitsplätze in der Autoindustrie abgebaut werden, können neue und gute Arbeitsplätze in der Schienenfahrzeugindustrie und in der Busproduktion aufgebaut werden.[12] Gelegentlich ist als Ausrede zu hören, der Ausbau des ÖPNV dauere zu lange und komme zu spät. Es ist ein Dilemma, dass der motorisierte Individual-Verkehr (MIV) nicht reduziert werden kann, wenn der Öffentliche Verkehr (ÖV) nicht ausgebaut wird. Nun muss begonnen werden, umzusteuern – der Prozess wird ohnehin mehr als zehn Jahre benötigen! Der Dreiklang der Verkehrswende lautet: vermeiden, verlagern und verbessern. Wir gewinnen, wenn wir jetzt die Verkehrswende und die damit veränderte Produktionsstruktur vorantreiben. Gewerkschaften haben die Chance, die Verkehrs- und Produktionswende mitzugestalten – oder sich an die alte Industrie zu binden und zu verlieren. Anders als bei dem Ausstieg aus der Kohleförderung und Kohleverstromung geht es bei der Verkehrswende »nur« um einen Umbau. Das ist nicht weniger anspruchsvoll, muss bei guter gesellschaftlicher Planung jedoch nicht so angstbesessen sein wie in den Kohlerevieren.

** Stephan Krull war Mitglied des Betriebsrates bei VW und des Vorstandes der IG Metall in Wolfsburg, jetzt koordiniert er den Gesprächskreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Zukunft Auto Umwelt Mobilität«. https://stephankrull.info/*

Anmerkungen:

1 *Siehe die jüngste Veröffentlichung von Greta Thunberg: Klimabuch, Fischer-Verlag, Oktober 2022.*
2 *Siehe unter anderem § 2 der Satzung der IG Metall.*
3 *https://hans-juergen-urban.de/*
4 *Breites Bündnis fordert sozial- und klimaverträgliche Mobilitätswende. https://www.sovd.de/aktuelles/meldung/breites-buendnis-fordert-sozial-und-klimavertraegliche-mobilitaetswende.*
5 *Auto, Umwelt, Verkehr – Umsteuern, bevor es zu spät ist. Bund-Verlag, Köln 1992*
6 *Betriebliche Mitbestimmung modernisieren. Entwurf für ein neues Betriebsverfassungsgesetz. https://www.dgb.de/themen/++co++21a2fa9a-b4bd-11ec-9da2-001a4a160123*
7 *Autor*innenkollektiv CLIMATE.LABOUR.TURN: «Mein Pronomen ist Busfahrerin». Die gemeinsame Kampagne von FFF und Ver.di zur Tarifrunde im öffentlichen Nahverkehr 2020. Download unter https://www.rosalux.de/publikation/id/44712/mein-pronomen-ist-busfahrerin*
8 *https://www.rosalux.de/stiftung/gespraechskreise/zukunft-auto-umwelt-mobilitaet/*
9 *https://www.allianz-fuer-die-region.de/mobilitaet/regionales-transformationsnetzwerk-suedostniedersachsen-retrason und https://ecomento.de/2021/08/19/zukunftsfonds-eine-milliarde-fuer-die-autoindustrie/*
10 *https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-klimaaktivisten-stachus-gewahrsam-30-tage-1.5687410*
11 *https://www.deutsche-rohstoffagentur.de/DERA/DE/Home/dra_node.html*
12 *Siehe https://www.isi.fraunhofer.de/de/themen/elektromobilitaet/arbeitsplatzeffekte.html und https://www.vsa-verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/spurwechsel/*

Antipasti

Mehr als eine mitteldeutsche Makkaroni

Riesa-Nudeln: der Kampf geht weiter!

Am Montag, den 21. November wird der Streik bei Riesa-Nudeln bereits in die siebte Woche gehen. Unter dem Motto: »Niedrig-Lohnmauer einreißen!« fordern die Beschäftigten eine Lohnerhöhung von zwei Euro. Das bisherige Angebot der Arbeitgeber umfasst eine Lohnerhöhung von lediglich 1,20 Euro und eine Einmalzahlung von 400 Euro. Die unterste Lohngruppe bei Riesa-Nudeln wurde durch den Mindestlohn von aktuell zwölf Euro beinahe eingeholt, vor allem Frauen in der Verpackung verdienen derzeit lediglich 12,51 Euro.

Mittlerweile wurde ein festes Streiklokal eingerichtet. Die Beschäftigten verdeutlichen damit – trotz des extrem niedrigen Streikgelds – ihre Bereitschaft, nicht von ihren Forderungen abzurücken, um endlich den Niedriglohnsektor und den Mindestlohn hinter sich zu lassen. Dies machten sie auch bei einer Kundgebung in Berlin am 9. November deutlich, als eine Delegation von etwa 40 Beschäftigten für ihre Forderung nach einer angemessenen Lohnerhöhung demonstrierte, gemeinsam mit Vertreter:innen anderer Niedriglohnbranchen wie Riders von Lieferando. Uwe Ledwig, Vorsitzender des Landesbezirks Ost der NGG, wird in der Pressemeldung vom 7. November 2022 zitiert mit den Worten: »Die Zeit von Billiglohn Ost muss vorbei sein. Das müssen die Geschäftsleitung von Teigwaren Riesa und die Unternehmerfamilie Freidler endlich verstehen. Die Beschäftigten haben das Unternehmen zu diesem Erfolg geführt, sie dürfen nicht mehr mit Niedriglöhnen abgespeist werden.«

Teigwaren-Riesa konnte in den letzten Jahren seine Gewinne deutlich steigern und profitierte, vor allem im ersten Corona Jahr, von der teilweise geschlossenen Gastronomie. Bereits im Jahr 2021 mussten die Beschäftigten für eine Lohnerhöhung in den Arbeitskampf gehen. Für Dienstag, den 22. November wurde nun auf Vorschlag der Arbeitgeberseite eine Moderation, bestehend aus Dr. Gerhard Binkert (Vorschlag Arbeitgeber, ehemaliger Präsident des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg) und Matthias Platzeck (Vorschlag Arbeitnehmer, ehemaliger Ministerpräsident von Brandenburg und ehemaliger SPD-Vorsitzender), vereinbart. Das 1914 gegründete Unternehmen Teigwaren-Riesa war zwar *die* »Nudelbude« der DDR und ist mit rund 30 Prozent Marktanteil immer noch größter Trockenteigwarenproduzent im Osten, gehört jedoch – aller propagierten Heimatverbundenheit zum Trotz – dem Unternehmen Alb-Gold aus Baden-Württemberg. Beschäftigte der Niederlassungen im Westen erhalten lt. ND vom 7. November »mehrere hundert Euro mehr und höhere Zuschläge«. Informationen über das Ost-West Lohngefälle innerhalb des Unternehmens zu bekommen gestaltet sich leider schwierig, da es an den beiden westdeutschen Standorten weder Betriebsrat noch Tarifvertrag gibt, so NGG-Sekretär Olaf Klenke.

Klar ist aber: Für ihren Einsatz nehmen die Kolleg:innen herbe finanzielle Verluste in Kauf. Das Streikgeld reicht angesichts der ohnehin niedrigen Löhne nicht, um davon leben zu können. Wir bitten daher um Unterstützung des Streik-Solifonds der NGG.

Quellen:

https://www.ngg.net/presse/pressemitteilungen/2022/niedrig-lohnmauer-einreissen/; https://www.nd-aktuell.de/artikel/1168332.gewerkschaft-streikwaren-statt-nudeln.html
https://www.labournet.de/interventionen/solidaritaet/solidaritaet-mit-riesa-teigwaren-gefragt-tarifvertrag-fuer-riesa-nudeln-keine-repressalien-gegen-den-betriebsrat/

Streik-Solifonds der NGG Region Dresden-Chemnitz
Kreditinstitut: Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE85 8505 0300 3120 2148 40

BIC: OSDDDE81XXX

Für die Zahlungen bitte angeben: »Zahlung Soli-Fonds« (Nicht »Spende«, es kann keine Quittung ausgestellt werden).

Ökologiebewegung und Arbeiterbewegung

Ein Beitrag aus express 2/1980 von Eva Brumlop und Hartmut Bäumer

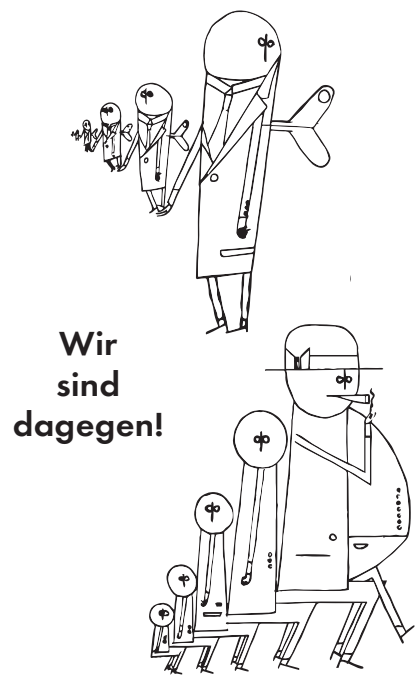
Die Behandlung ökologischer Fragen ist für den *express* nicht neu – gerade angesichts der Gründung der Grünen, die das Sozialistische Büro stark betraf (vgl. dazu das von Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack geschriebene fiktive Gespräch aus dem Februar 1980 in *express* 10/2019), gab es in den frühen 1980ern eine starke Auseinandersetzung mit der Frage, ob und wie sich ökologische und proletarische Bewegung aufeinander beziehen könnten.

Davon mag 40 Jahre später einiges etwas altbacken klingen: Nicht nur haben sich emanzipatorisch-transformatorische Hoffnungen in die Partei Die Grünen, insbesondere im Sozialen, schon lange als trügerisch herausgestellt, auch die Analyse der Klassenzusammensetzung der Ökologie-Bewegung würde so holprig und holzschnittartig heute niemand mehr formulieren.

Aber die Fragen, das zeigt insbesondere der Schluss des hier dokumentierten Beitrags von Februar 1980, sind nach wie vor aktuell: Natürlich brauchen wir eine Analyse der Klassenzusammensetzung der heutigen Klimagerechtigkeitsbewegung, schon um Möglichkeiten des Alltagsbezugs zwischen der Produktionssphäre und den freitäglichen Demonstrationen auszuloten. Auch wer heute Fridays for Future sympathisierend empirisch beobachtet, kommt nicht umhin, sich deren Changieren zwischen Wahlaufruf und Streikaufruf erklären zu müssen. Eine entsprechende Analyse der Zusammensetzung wird, nebenbei bemerkt, auch einen neuen Blickwinkel auf die jetzt in den Medienfokus geratenen Aktionen der »Letzten Generation« oder auch »Extinction Rebellion« ermöglichen. Ines Schwerdtner hat dies kürzlich im *Jacobin* (10/2022) ganz richtig analysiert: Die Aktionen der »Letzten Generation« sind, auch wenn *Bild*, *Welt* und *FAZ* das anders sehen wollen, kein Zeichen von Radikalisierung oder Militanz, sondern von Ratlosigkeit – weil der, etwa von Johanna Schellhagen und *labournet.tv,* in »Der laute Frühling« zu recht eingeforderte Bezug zur arbeitenden Klasse fehlt. So bleibe, so Schwerdtner in ihrem Fazit, Klimaschutz ein Elitenprojekt. Nun, dann passt das ja vielleicht doch wieder ganz gut zu Bündnis 90/Die Grünen…

Was sich 1980 als Frage der Haltung zu Partei und Parlamentarismus gerierte, finden wir heute im Spannungsfeld zwischen »Green New Deal« einerseits und »system change« bzw. Ökosozialismus (wie ihn etwa die Zeitschriften *SoZ* und *emanzipation* vertreten) andererseits – wobei ein »Green New Deal« auch noch etwas sehr Unterschiedliches bedeuten kann, je nachdem, ob wir der Variante Ursula van der Leyens oder jener etwa Bernd Riexingers Gehör schenken wollen.

In diesem Sinne hat die Frage der Klassenzusammensetzung noch eine zweite, relevante (und oft, auch historisch, sträflich vernachlässigte) Bedeutung: nämlich jene der Zusammensetzung der anderen Klasse, der Kapitalfraktionen. Um nur einige Stichworte zu nennen: politische Interventionen und Konflikte der eher fossilen Kapitalfraktionen und im Gegensatz dazu jene der neuen Technologien – und seltsame Zwitter- oder Twitter-Wesen.



Der *express* feiert 2022 ein doppeltes Jubiläum: 1972 fusionierte der *express international* mit der *Sozialistischen Betriebskorrespondenz* des Sozialistischen Büros (SB) und erscheint somit 2022 seit 50 Jahren als »Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit«. Als *express international* war zehn Jahre zuvor, im Mai 1962 die Nullnummer der Zeitung erschienen.

Aus diesem Anlass veröffentlichen wir in diesem Jahr in jeder der zehn Ausgaben einen historischen Beitrag, um einen Überblick über die Diskussionen zu geben, die den *express* seit 60 Jahren beschäftigen – und die mit diesem Projekt verfolgten Perspektiven verdeutlichen.

Mit der Parteigründung der ›Grünen‹ in Karlsruhe hat sich ein Teil der sehr breiten und bisher nur lose organisierten Ökologiebewegung zusammengeschlossen, um auf dem parlamentarischen Weg gegen Umweltzerstörung und fortschreitende Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen anzugehen. Durch diese Parteigründung ist die Diskussion über das politische Potential dieser Bewegung neu entfacht und im Wesentlichen auf die Wahlfrage zugespitzt worden. Wir meinen, dass Linke, die die ökologischen Zukunftsprobleme ernst nehmen, sich zunächst mit der Ökologiebewegung in ihrer Gesamtheit, den unterschiedlichen sozialen Oppositionsströmungen und deren Verhältnis zur Arbeiterbewegung auseinandersetzen sollten, bevor die aktuellen Fragen der Parteigründung diskutiert werden können.

Unser Beitrag beschränkt sich deshalb darauf, einige Probleme zu benennen, die in einer Diskussion um das Verhältnis Ökologiebewegung – Arbeiterbewegung berücksichtigt werden sollten: was das historisch Neue an dieser Bewegung ist, wie die soziale Zusammensetzung der Ökologiebewegung aussieht, wie die Organisation der Willensbildung abläuft und wie das Verhältnis der Ökologiebewegung zu den Interessen der Gewerkschaften ist. Die Ökologiebewegung hat in verschiedener Weise historische Bedeutung: Neu ist die Zusammensetzung, die soziale Oppositionsströmungen aus ganz unterschiedlichen, teils gegensätzlichen politischen Lagern umfasst.

- Historischer Träger dieses Bündnisses sind die Bürgerinitiativen gegen den Bau von Atomkraftwerken, gegen die Zerstörung von Wohngebieten und Anbauflächen durch den Bau von Autobahnen, Flughäfen u.ä. Ihre Mitglieder sind in erster Linie Angehörige des Kleinbürgertums und des Mittelstands, die ihre Lebensbedingungen durch die zunehmenden Umweltbelastungen, die der Industrialisierungsprozess nach sich zieht, bedroht sehen. Die Orientierung an Nahzielen, die meist unpolitisch verstanden werden, lassen die unterschiedliche politische Herkunft, die von sozialreformerischen über liberale bis zu konservativ-reaktionären Strömungen reicht, in den Hintergrund treten.
- Neben diesem ersten und zahlenmäßig bedeutsamsten Teil der ökologischen Bewegung ist der Teil zu nennen, der sich selbst zum konsequentesten Vertreter einer anderen Art zu leben zählt: Dies sind die sogenannten »Alternativler«, Abspaltungen oder Nachfolger der Studenten- und Lehrlingsbewegung, die eine Art organisierter Stadt- und Zivilisationsflucht betreiben. Sie leben z.T. in Landkommunen, bauen ihre eigenen Lebensmittel an und sind auf der Suche nach einer ›natürlichen‹ Lebensweise. Ähnlich wie die studentische Opposition der 60er und Anfang der 70er Jahre kommen sie aus dem bürgerlichen und kleinbürgerlichen Milieu.
- Zu diesen beiden Richtungen haben sich in der jüngsten Zeit auch Angehörige sozial diskriminierter Randgruppen gesellt: Lesben, Schwule u.a., die mit den überwiegend an Umweltfragen und Fragen alternativer Lebensgestaltung orientierten Gruppen eine relativ undurchsichtige Verbindung eingehen und die Ökologiefrage dazu benutzen, ihre eigenen Interessen als Randgruppe zum Thema zu machen.

Politisch eindeutig links angesiedelt sind andere, sich in unterschiedlicher Weise auf die Studentenbewegung beziehende Gruppierungen:

- Mitglieder aus linken Parteigründungen (z.B. KPD, KB), die vom Konservativismus der Arbeiterbewegung enttäuscht sind und sich – z.T. in der Gefahr, die Sache der ›Grünen‹ in opportunistischer Absicht für sich zu vereinnahmen – an die Bewegung anhängen.
- Nicht parteigebundene Linke, die angesichts der Zerstörungen, die der Industrialisierungsprozess für die lebendige Arbeitskraft und die Lebensgrundlagen im allgemeinen bedeutet, bestimmte, als marxistisch geltende Dogmen vom Fortschritt der Produktivkräfte und sich daran anknüpfender politischer Hoffnungen in Frage stellen. Denn die Hoffnung auf eine andere, freie Gesellschaft droht dann ihren Sinn zu verlieren, wenn ein gewisses Maß an Zerstörung der Natur erreicht und nicht mehr rückgängig zu machen ist.
- Schließlich oppositionelle Gewerkschaftsgruppen (Arbeitskreis Leben), die mit ähnlichen Positionen wie die vorgenannten Gruppen gegen den offiziellen Pro-AKW-Kurs der Gewerkschaften angehen. Historisch neu an der Organisationsform der Bewegung ist die kompromisslose Artikulation unmittelbarer Interessen und ihre kollektive Durchsetzung in Bürgerinitiativen. Menschen der unterschiedlichsten sozialen Herkunft, die daran gewöhnt waren, ihre politischen Kompetenzen an »Interessenvertreter« abzugeben, holen sie sich zurück, erklären sich kompetent, über Entscheidungen, die ihr Leben, ihre Umwelt betreffen, selbst zu bestimmen. In den Bürgerinitiativen hat sich so ein Moment unmittelbarer Demokratie entwickelt, das sich grundsätzlich von den bisher hierzulande praktizierten Formen repräsentativer politischer Interessenvertretung unterscheidet.

Die von den Bürgerinitiativen verfolgte Strategie des begrenzten – auch rechtsverletzenden – Konflikts, die Ergebnis sowohl der Partikularität wie der Unmittelbarkeit der betroffenen Interessen ist, hat in dem vergangenen Jahrzehnt wesentliche Erfolge gezeigt. Neben einem jahrelangen faktischen Baustopp für Atomkraftwerke und großer Teile geplanter Autobahnen ist es vor allem den Bürgerinitiativen zu verdanken, dass heute allgemein eine viel größere Sensibilität für Umweltfragen besteht als noch vor zehn Jahren. Auch für die Entwicklung demokratischen Bewusstseins in der Bevölkerung dürfte die Erfahrung wichtig sein, dass gemeinsamer Widerstand möglich ist und zu Erfolgen führen kann.

Trotz aller Erfolge ist es der Ökologiebewegung bisher aber nicht gelungen, entscheidenden Einfluss auch auf Parteien und Staat in Fragen der Umweltpolitik zu nehmen. Zwar ist der Umweltschutz inzwischen zum Pflichtthema aller Parteitage und Kongresse avanciert, die praktischen Konsequenzen beschränken sich aber auf reine Risikoverminderungsstrategien, die die heute notwendige Diskussion des Zusammenhangs von industrieller Produktionsweise und Umweltschutz eher verhindern als vorantreiben. Des Dilemmas, einerseits zwar kurzfristig unmittelbare Erfolge erzielen zu können, sich aber andererseits langfristig allein mit der Strategie des partikularen Aufgreifens ökologischer Konflikte gegenüber den vorherrschenden Interessen nicht durchsetzen zu können, scheint man sich in der grünen Bewegung zunehmend bewusst zu werden. Der Zusammenschluss in der Bürgerinitiative Umweltschutz (BBU), aber auch die vereinzelte Beteiligung an Kommunal- und Landtagswahlen, sind Ausdruck der erkannten Notwendigkeit, die punktuellen und unterschiedlichen Forderungen der Bürgerinitiativen zu vereinheitlichen. Sie stellen gleichzeitig den Versuch dar, sich als ernstzunehmender politischer Faktor zu repräsentieren.

In diesem Zusammenhang kommt auch der Gründung der ›Grünen‹ als Partei eine besondere Bedeutung zu. Sie stellt im Unterschied zu den im Regelfall außerparlamentarischen Aktionen der Bürgerinitiativen den gezielten Versuch dar, im Rahmen des parlamentarischen Systems direkt oder indirekt Einfluss auf die politischen Entscheidungen zu nehmen.

Kennzeichnend für den sozialen Charakter der Bewegung ist, dass die Sensibilisierung für die Umweltfragen wesentlich jenseits des Arbeitermilieus erfolgt, da die unmittelbaren Arbeiterinteressen primär auf die Erhaltung der materiellen Lebensgrundlagen (Arbeitsplatz, Lohn) ausgerichtet sind. Daraus erklärt sich die Tendenz einer Polarisierung zwischen den unmittelbaren und kurzfristigen Interessen der Gewerkschaften und den Forderungen der ›Grünen‹, erweist sich doch die Arbeiterbewegung als Ganze (Gewerkschaften und SPD) heute als wichtigster Träger von Leistungsprinzip und Wachstumsideologie. Zur Erhaltung von Arbeitsplätzen betreiben die Gewerkschaften heute eine Pro-AKW- Mobilisierung, unterstützen den Ausbau von Flughäfen und Autobahnen, sind Betriebsräte als Lobbyisten für den Ausbau der Rüstungsindustrie tätig usw. Um der Durchsetzung unmittelbarer materieller Interessen willen werden die Fragen nach der Produktionsweise und den Produktionszielen verdrängt.

Allerdings geraten die Gewerkschaften durch diese Orientierung in das fast unlösbare Dilemma, einerseits wirtschaftliches Wachstum und Erhaltung der Arbeitsplätze durch die Entwicklung der Kernkraft und den Einsatz von Großtechnologien fördern zu wollen, andererseits jedoch die für die lebendige Arbeitskraft und die allgemeinen Lebensbedingungen zerstörerischen Folgen dieser Art von Wachstumspolitik verhindern zu müssen.

Dieses Dilemma könnte der Ansatzpunkt sein für eine wichtige Verknüpfung ökologischer und gewerkschaftlicher Interessen – auch wenn dies offenbar auf beiden Seiten noch nicht so recht wahrgenommen wird: In den vergangenen Jahren ist in den Gewerkschaften in zunehmendem Maße ein Bewusstsein darüber entstanden, dass die industrielle Produktionsweise mit einer enormen Intensivierung der Arbeit, physischen und psychischen Schäden des menschlichen Organismus und immer begrenzteren Regenerationsmöglichkeiten außerhalb der Arbeit einhergeht, die über Lohnsteigerungen nicht mehr auszugleichen sind. Ausdruck dieses Bewusstwerdungsprozesses sind Tarifverträge, in denen versucht wird, diesen Zerstörungstendenzen durch Regelungen der Arbeitszeit, der Taktzeit am Fließband, der Arbeitsinhalte usw. entgegenzuwirken. Eine andere, eng damit zusammenhängende Diskussionsrichtung innerhalb der Gewerkschaften weist in dieselbe Richtung einer Infragestellung der bisherigen Gewerkschaftspolitik, die Erfahrung nämlich, dass industrielles Wachstum und der Einsatz moderner Technologien nicht unbedingt die Garantie von Arbeitsplätzen und Lohnsteigerungen bedeuten, sondern mit Freisetzungen von Arbeitskräften und Dequalifizierungen erkauft werden.

Der Frage der Verknüpfung von ökologischen und gewerkschaftlichen Interessen kommt deshalb zentrale Bedeutung zu, weil u.E. ohne die Unterstützung relevanter Teile der Gewerkschaftsbewegung die ökologische Bewegung über nur punktuelle Lösungen ihrer Forderungen nicht hinauskommen wird. Wenn das Umweltproblem auch stärker allgemeine Lebensbedingungen als spezifische Lebens- und Klasseninteressen berührt und wenn es auch in erster Linie von bürgerlichen Gruppierungen aufgegriffen wird, so ist doch zu fragen, ob eine Lösung des Ökologieproblems neutral zur bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gefunden werden kann. Partielle Lösungen für ökologische Probleme werden sicherlich innerhalb des Systems möglich sein. Grundsätzliche Lösungen erfordern u.E. jedoch, dass die ökonomischen Ursachen des Ökologieproblems angegangen werden. Gerade an dieser Frage nach dem Verhältnis von Ökonomie und Ökologie werden innerhalb der Ökologiebewegung Gegensätze und Widersprüche aufbrechen, die zu einem Auseinanderfallen des Bündnisses in die politischen und sozialen Strömungen führen können, aus denen es hervorgegangen ist. Ob dies der Fall sein wird, hängt wesentlich davon ab, ob es der Ökologiebewegung gelingt, inhaltliche Klärungen zu den Fragen des Verhältnisses von Ökologie und Ökonomie zu erreichen.

Vermischtes

Anschauliches

Überarbeitete Karte der Amazon-Standorte

Mit Recherchestand Ende Oktober 2022 stellen das Projekt Faire Mobilität des DGB Bildungswerks Thüringen und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen der interessierten Öffentlichkeit eine überarbeitete grafische Aufarbeitung des Verzeichnisses von Standorten der Sparte Amazon Logistics (fertiggestellt oder im Bau) in digitaler Form zur Verfügung. Das beauftragte Journalistenbüro work in progress hält damit gegenüber dem letzten Recherchestand im September 2021 eine Erhöhung der Eintragungen von 73 auf 100 und damit eine Steigerung um 25 Prozent fest. Im Detail stiegen die Zahl der eingetragenen Logistikzentren (Fulfillment Center) von 17 auf 23 (davon 3 im Bau), der Sortierzentren von 5 auf 10 (davon 1 im Bau) und der Verteilzentren von 51 auf 67

Prämien für neue Abos

Für jedes Geschenkabonnement und jedes selbst erworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

- ☐ *Carsten Wirth (Hrsg.):* Konkurrenzen und Solidaritäten. Festschrift für Anton Kobel zum 75. Geburtstag, Nomos: Baden-Baden 2021
- ☐ *Wolfgang Schorlau:* »Kreuzberg Blues.« Sein aktueller Fall führt Privatermittler Georg Dengler in den Kampf um das Recht auf Wohnen. Kiepenheuer und Witsch: Köln 2020
- ☐ *Mario Candeias (Hrsg.):* »Klassentheorie. Vom Making und Remaking«. Argument-Verlag: Hamburg 2021.
- ☐ *Slave Cubela:* »Anger – Hope – Action. Organizing und soziale Kämpfe im Zeitalter des Zorns«. Verlag Die Buchmacherei: Berlin 2021.
- ☐ *Jane McAlevey:* »Macht. Gemeinsame Sache. Gewerkschaften, Organizing und der Kampf um die Demokratie«. VSA-Verlag: Hamburg 2021.

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.

Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

- ☐ zur Probe 3 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);
- ☐ zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle

- ☐ mein Jahresabonnement (40 Euro)
- ☐ meine Fördermitgliedschaft (70 Euro)
- ☐ mein ermäßigtes Abo (20 Euro) – (Studierende, Auszubildende, Erwerbslose – Beleg beifügen)
- ☐ mein Institutionenabo (80 Euro) – BR, Bibliotheken etc.
- ☐ gegen Rechnung

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Email

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.

Redaktionsanschrift: express-Redaktion Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84, *email:* express-afp@online.de, www.express-afp.info, www.labournet.de/express

Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr

Bezugspreise: Einzelheft 4,00 Euro; Jahresabonnement 40 Euro, erm. 20 Euro (Studierende, Auszubildende) und 80 Euro Institutionenabo – einschl. Versandkosten.

Bankverbindung:
AFP e.V., Sparda-Bank Hessen eG,
IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37
BIC: GENODEF1S12

Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN: 0343–5121

V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt

Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau

Druck: Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin